



Metaller machen sich für Versicherte stark

Großes bewegen.

Sozialwahl 2017

IG METALL

Managergehälter Jörg Hofmann, Erster
Vorsitzender der IG Metall, fordert Höchstgrenzen
→ Seite 10

Tarifabschluss Stahl Beschäftigte
erhalten fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg
→ Seite 17

Bezirk

→ Seite 28

›INHALT

- 4 **Einfach mal abschalten** Mobile Arbeit kann das Leben leichter machen, aber auch die Gesundheit belasten.
- 6 **Bangladesch** 35 Textilarbeiter, die für höhere Mindestlöhne kämpfen, wurden nach internationalem Druck wieder freigelassen.
- 7 **Rente** In Berlin demonstrierten Metallerrinnen und Metaller Solidarität zwischen den Generationen.
- 8 **Kultur** Für die Ruhrfestspiele in Recklinghausen verlost metallzeitung dreimal zwei Karten.
- 9 **Studie zu Migration** Fast 500 000 Metallerrinnen und Metaller haben ausländische Wurzeln.
- 10 **Interview** Ein Gespräch mit Jörg Hofmann über Managergehälter und nachhaltigen Unternehmenserfolg.

TITEL 12 Sozialwahl 2017: Hier können IG Metall-Mitglieder wählen und mitbestimmen.

Diesen Monat können IG Metall-Mitglieder darüber mitentscheiden, wer ihre Interessen in Renten- und Krankenversicherungen vertritt. Eine Metallerrin und zwei Metaller berichten, was sie in der Sozialversicherung für Versicherte schon erreicht haben.

Titelfoto: Winfried Becker

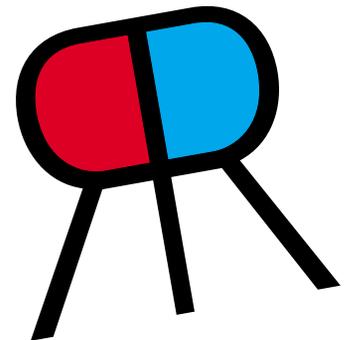
- 16 **Tarifabschluss** Die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie bekommen mehr Geld.
- 17 **Stahlindustrie** Tarifabschluss bringt Beschäftigten vier Prozent mehr Geld in zwei Stufen.
- 18 **Ein Tag im Leben von** Mit fast 57 Jahren wünscht sich Herbert Fröhnlich, nicht mehr zu zusätzlichen Nachtschichten anzutreten.
- 20 **Europa** Vor 60 Jahren wurde der Grundstein für die Europäische Union gelegt. Was Europa erreicht hat und was sich ändern muss.
- 22 **Recht so** Tjark Menssen, Jurist beim DGB Rechtsschutz, erklärt die größten Rechtsirrtümer.
- 23 **Rechtsfall** Nicht alle Bonuszahlungen der Krankenkassen mindern die Beiträge, die von der Steuer abgesetzt werden können.
- 24 **Ratgeber** Wenn das Geld nicht zum Leben reicht, können Rentnerinnen und Rentner Anspruch auf Grundsicherung haben.
- 25 **Kühlschmierstoffe** Die aktuelle Liste mit Kühlschmierstoffen ist da.
- 26 **Fachkräfte** Verfahrensmechaniker für Kunststoff und Kautschuk sind gefragt.
- 27 **Studieren ohne Abi** Ein Gespräch darüber, was die Europäische Akademie der Arbeit bietet.
- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales/Karikatur**
- 31 **Rätsel/Impressum**

›REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:
20. März 2017



Foto: Stephen Petrat

Gelbe Hand Die Initiative #mitherzundverstand der IG Metall Jugend Nordrhein-Westfalen gewinnt Sonderpreis. → Seite 6



Ruhrfestspiele Auch in diesem Jahr finden die Ruhrfestspiele in Recklinghausen statt. metallzeitung verlost dreimal je zwei Karten. → Seite 8

›LESERBRIEFE

Frauenausgabe im März

metallzeitung 3/2017
»Arbeit muss zum Leben passen«
Wer, wie ich, der IG Metall 70 Jahre angehört, für den gehört die metallzeitung zur Pflichtlektüre. Aber die Ausgabe März 2017 fand mein besonderes Interesse. In vielen Beiträgen fand ich Phasen meines Berufslebens wieder. Erfolgreich durchgesetzte und solche, für die ich als Betriebsrat und Vertrauensmann gestritten habe. Ein Beispiel: Als ich in den Betriebsrat gewählt

wurde, gab es eine Kollegin und 14 Kollegen. Als ich aus dem Betriebsrat ausschied und Leiter des Vertrauenskörpers wurde, setzte sich der Betriebsrat aus 4 Kolleginnen und 11 Kollegen zusammen. Macht weiter so!

Theodor Sakmirda, Kronshagen

Mehr Humor

metallzeitung 3/2017
»Unterhaltung und Spaß«
Regelmäßig kommt mir ja nun schon seit Jahren Ihre metall-

›LESERFOTO



Foto: privat

Unterwegs mit der IG Metall: Metallerrin Karin Boje aus Gera hat die IG Metall-Fahne oft dabei. Wie hier auf der Insel Usedom. »So beflaggt, ist das Boot vor der nächsten Sturmflut gut gewappnet!«, schreibt sie. Seid Ihr auch mit der IG Metall unterwegs? Dann sendet uns Euer Foto: metallzeitung@igmetall.de



Foto: Thomas Range

Tarifabschluss Beschäftigte der Textil- und Bekleidungsindustrie freuen sich: Sie haben real mehr Geld in der Tasche. → Seite 16



Illustration: baurka/panthemedia.net

Europapolitik Diese Ziele sollte sich die Europäische Union in den nächsten Jahren auf die Fahnen schreiben. → Seite 20

»FRAGE & ANTWORT

zeitung ins Haus. Informativ und seriös, keine Frage, nur – was ist eigentlich mit dem Humor? Er gehört, bei aller Schwere der Themen, sehr wohl auch ins Arbeitsleben.

Peter Busch, per E-Mail

Frauen in Führungsrollen

metallzeitung 3/2016

»Mehr Mut tut Frauen gut«

Ein paar Worte zu den Hinweisen, dass Frauen doch am besten Statussymbolen wie PS-starken Autos, großen Büros und so weiter hinterhereifern sollen ... Dieser Eifer ist das Letzte, was eine Firma, deren Mitarbeiter und Projekte gebrauchen können! Weder Männer sollten das tun, noch Frauen nun dazu verleitet werden! Führungspersonen sollen sich um die Belange der Mitarbeiter und den Erfolg der Projekte bemühen und nicht um diese zeitintensiven »Rangeleien«.

Daniel, per E-Mail

Euer Bericht über die Ausweitung des IG Metall-Flüchtlingsbetreuers Pouya hat mich entsetzt. Ist unser Gesetz zum Schutz von Flüchtlingen so wachsweiß?

Claus-jürgen Rische, per E-Mail

Antwort: Ahmad Pouya ist zurück aus Kabul mit einem Visum für eine Theaterrolle der Münchner Schauburg. Bayern hatte ihn ausgewiesen, obwohl er seit Jahren auch für die IG Metall ehrenamtlich Flüchtlinge betreut (siehe metallzeitung 2/2017).



Foto: Michael Schinke

»GEWONNEN

Februar-Rätsel

Lösungssumme: »50«

1. Preis: Jürgen Beer, Augsburg
2. Preis: Marita Palwitz, Luckau
3. Preis: Jörg Gogolin, Frickenhausen

»EDITORIAL



Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Schluss mit der Maßlosigkeit

Nachhaltig Megagehälter, Millionenabfindungen und Luxuspensionen: Die IG Metall will Schluss machen mit der Maßlosigkeit in Vorstandsetagen.

»Maßlos, überzogen, unrealistisch« – wann immer Gewerkschaften mehr Geld für die Beschäftigten fordern, ist diese Antwort so sicher wie das Amen in der Kirche. Doch während jede Tarifierhöhung mühsam erkämpft werden muss, steigen die Managergehälter ins Uferlose. Seit den 80er-Jahren haben sich die Gehälter der DAX-Vorstände mehr als versechsfacht. Und während vor 20 Jahren ein Manager noch 14-mal so viel verdiente wie ein Arbeitnehmer in seinem Betrieb, so geht er heute mit dem 57-Fachen nach Hause. Diese Ungerechtigkeit versteht kein Mensch.

Umso wichtiger ist, dass diese Gehaltsexzesse nun öffentlich debattiert werden. Wir Metaller sind klar aufgestellt: Es muss Schluss sein mit dieser Maßlosigkeit. Deshalb haben wir konkrete Vorschläge entwickelt, um Managergehälter zu deckeln und die Vergütungen stärker an die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens zu koppeln. Dazu gehören etwa verbindliche Jahreshöchstgrenzen, die der Aufsichtsrat für sein Unternehmen festlegen muss, eine Begrenzung der Boni und die Möglichkeit, bei schlechten Leistungen Geld von den Managern zurückzufordern. So wollen wir erreichen, dass der nachhaltige Unternehmenserfolg und die Sicherung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt stehen und nicht kurzfristige Renditeziele.

Starke Stimme All das geht nur mit einer starken Stimme der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten. Diese wollen wir in der Vergütungsfrage noch lauter als bisher erheben. Für unsere Glaubwürdigkeit ist entscheidend, dass die Arbeitnehmervertreter der IG Metall in dieser Frage zusammenstehen und erklären: Wir nehmen diese Verantwortung an.

Wer nicht ausschaltet, kann schlechter abschalten

Smartphones, Tablets oder mobile Rechner – praktische kleine Helferlein, die aus dem Berufsalltag nicht mehr wegzudenken sind. Viele Beschäftigte wollen nicht auf sie verzichten, weil sie damit ihre Arbeit unabhängig von Ort und Zeit erledigen können. Viele wünschen sich diese Flexibilität, um Privatleben und Beruf besser zu vereinbaren, und haben nichts dagegen, auch außerhalb regulärer Arbeitszeiten erreichbar zu sein.

Doch ständige Erreichbarkeit belastet die Gesundheit, selbst wenn Beschäftigte es sich selbst ausgesucht haben. Das legen die Ergebnisse einer Studie der Initiative Gesundheit und Arbeit (iga) nahe. Die iga ist eine Kooperation der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung. Wer ständig erreichbar ist, kann sich schlechter erholen, kann nicht abschalten, denkt auch im Bett noch über die Arbeit nach und schläft schlechter. Dabei spielt es keine Rolle, ob jemand freiwillig außerhalb der Arbeitszeiten erreichbar ist oder der Chef es verlangt.

Dem Partner zuliebe Öfter mal abschalten sollten Beschäftigte der Gesundheit und ihren Mitmenschen zuliebe. Denn Lebensgefährten leiden ebenfalls unter der ständigen Erreichbarkeit ihrer Partnerinnen und Partner. So fühlten sich 62 Prozent durch die Erreichbarkeit ihres Partners eingeschränkt. Über die Hälfte bemerkten vor allem Einschränkungen für die Kinder. Die Partner wurden auch nach positiven Effekten wie besserer Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben befragt. Unterm Strich überwogen bei ihnen die negativen Auswirkungen leicht.

Mit ihrer Arbeitszeitkampagne »Mein Leben – meine Zeit: Arbeit neu denken!« will die IG Metall Beschäftigte unterstützen, mehr selbst über ihre Zeit zu bestimmen und Flexibilität zu gewinnen, ohne dass Gesundheit oder Privatleben darunter leiden. Die Arbeitszeitwünsche und -bedürfnisse der Beschäftigten sind je nach Lebenslage verschieden. Dabei gibt es für die IG Metall vor allem drei Ziele: Arbeit muss gerecht, sicher und selbstbestimmt sein.

Fabienne.Melzer@igmetall.de



**MAN MUSS
MAL AB
KÖNNEN**



**USS AUCH
SCHALTEN
N.**





Cartoon: Stephan Rürup

Textilarbeiter nach IndustriALL-Protesten wieder frei

Internationaler Druck hat dafür gesorgt, dass 35 Textilarbeiter in Bangladesch wieder freigelassen wurden. Sie hatten im Dezember mit Tausenden Beschäftigten für eine Verdreifachung des Mindestlohns demonstriert. Hätte der Gewerkschaftsdachverband IndustriALL Global Union nicht weltweit Proteste organisiert, säßen sie immer noch im Gefängnis. Der Präsident von IndustriALL Global und Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, bezeichnete die Freilassung als großen Erfolg für die internationale Gewerkschaftsbewegung: »Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in Bangladesch ist damit nicht zu Ende.« Die Textilarbeiter kämpfen weiter für einen höheren Mindestlohn. Beschäftigte, die jetzt auf schwarzen Listen der Arbeitgeber stehen, brauchen wieder einen Job.

👉 igmetall.de/international



Foto: Mehedi Hasam/Pacific Press/apa

Gewerkschaftsproteste brachten die Freiheit.

Mit Herz und Verstand gegen Fremdenfeindlichkeit

IG Metall Jugend NRW erhält Sonderpreis für Einsatz gegen Rassismus

Engagement wird anerkannt: Die IG Metall Jugend von Nordrhein-Westfalen hat für ihre Initiative #mitherzundverstand den Sonderpreis des Wettbewerbs »Gelbe Hand 2016/2017« erhalten. Die jungen Metallerinnen und Metaller haben bislang 70 000 Bierdeckel verteilt, die ernste

und witzige Anlässe für Gespräche über Rechtspopulisten liefern. Zudem bietet die IG Metall Bildungsangebote und ein Argumentationstraining zum Thema. Die Preisverleihung fand am 15. März in Mainz statt. Schirmherr des Wettbewerbs war der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann. Der 1986 gegründete Kumpelverein des DGB ist eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland.



Foto: Stephen Petrat

Die Bierdeckelmotive der Aktion #mitherzundverstand gibt es hier zum Herunterladen:

👉 igmetall-nrw.de → Themen → **Junge Generation** → **Mit Herz und Verstand**

Gespräche über den Bierdeckel: eine ausgezeichnete Idee der IG Metall Jugend NRW.

39 %

Viele Mütter in Teilzeit

In Deutschland arbeiten viel mehr Mütter Teilzeit als in anderen Industrieländern, laut einer OECD-Studie 39 Prozent. Nur in Österreich und den Niederlanden ist die Quote noch höher. Fehlende (gute) Kindergärten und Kitas sind der Hauptgrund dafür, dass Mütter Teilzeit arbeiten.

Deutschland Schlusslicht

Die gesetzlichen Mindestlöhne sind in den 22 Ländern der EU, die sie eingeführt haben, 2016 oder 2017 kräftig gestiegen, meldet die Hans-Böckler-Stiftung. Im Mittel um fünf Prozent gegenüber 2015. Deutschland gehört bei der Lohnhöhe mit 8,84 Euro pro Stunde neben Griechenland zu den Schlusslichtern.

5 %

3 Fragen an René Klotz

Arbeitszeit So stoppten die Beschäftigten des Pumpenherstellers KSB im pfälzischen Frankenthal den Verfall ihrer Arbeitszeit.

Was war denn bei Euch los?

René Klotz: Vor knapp zwei Jahren gingen immer mehr Beschwerden bei uns im Betriebsrat ein, dass Arbeitszeit verfällt. Wir gingen der Sache auf den Grund und stellten fest, dass 2015 – überwiegend im Angestelltenbereich – rund 20 000 Arbeitsstunden gekappt und verfallen waren.

Wie konnte das denn passieren?

Klotz: Das ging schnell: Die prallgefüllten Zeitkonten wurden unausgesprochen »angepasst«. Anders ausgedrückt, es war keine Zeit da, um angefallene Arbeitsstunden abzubauen. Dann wurden die Konten nicht geöffnet und wenn sie übertoll waren, wurden die Stunden einfach gekappt. Wir sind der Sache dann auf den Grund gegangen und haben die Beschäftigten über diesen Zustand informiert.

Wie habt Ihr das Problem gelöst?

Klotz: Zunächst einmal haben wir die bestehende Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeit gekündigt und dem Arbeitgeber klargemacht, dass wir die Kappzeiten so nicht mehr hinnehmen. Dann haben wir uns mit der IG Metall und den Beratern der TBS zusammengesetzt und überlegt, was wollen wir? Vom ersten Entwurf über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber bis hin zur endgültigen Betriebsvereinbarung war es zwar ein mühsamer Weg. Aber es hat sich gelohnt. Seit Januar haben wir ein neues Ampelsystem, das insgesamt gut funktioniert. Außerdem zwingt die neue Vereinbarung die Personalverantwortlichen zur besseren Planung und Dokumentation der Arbeitszeit. Und sie müssen mit den Beschäftigten reden.

Foto: KSB Aktiengesellschaft



Gesamtbetriebsratsvorsitzender René Klotz wehrt sich gegen Arbeitszeitverfall.



Foto: Christian v. Polentz/transifoto.de

Eine »Brücke der Solidarität« bauten junge und ältere IG Metall-Mitglieder in Berlin auf.

Jung und Alt für eine gute Rente

Metallerinnen und Metaller demonstrieren Solidarität zwischen den Generationen.

Leuchtend rote Westen und eine rote Brücke auf tristem Beton und Granit: In Berlin haben etwa 100 junge und ältere Metallerinnen und Metaller eine symbolische »Brücke der Solidarität« zwischen den Generationen aufgestellt. »Wir lassen uns nicht spalten« stand auf einem Transparent, das sie mitgebracht hatten. Der Ort für die Aktion, der Dorothea-Schlegel-Platz, war nicht zufällig gewählt. Hier residiert die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, eine vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanzierte Lobbyorganisation. Sie versucht seit einiger Zeit, die Generationen gegeneinander auszuspielen. Sie propagiert, Rentenkürzungen bei Älteren dien-

ten dem Wohl der Jüngeren. Tatsächlich werden das sinkende Rentenniveau und höhere Rentenalter jedoch gerade die künftigen Generationen treffen.

»Die Parteien müssen im Jahr der Bundestagswahl Farbe bekennen«, sagt das geschäftsführende IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban. Die IG Metall fordert, den Sinkflug bei der Rente zu stoppen, sie wieder an die Lohnentwicklung zu koppeln, das Rentenniveau bei 48 Prozent zu stabilisieren und mittelfristig wieder anzuheben.

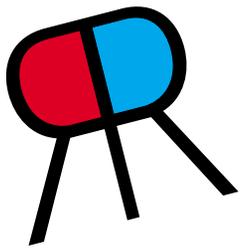
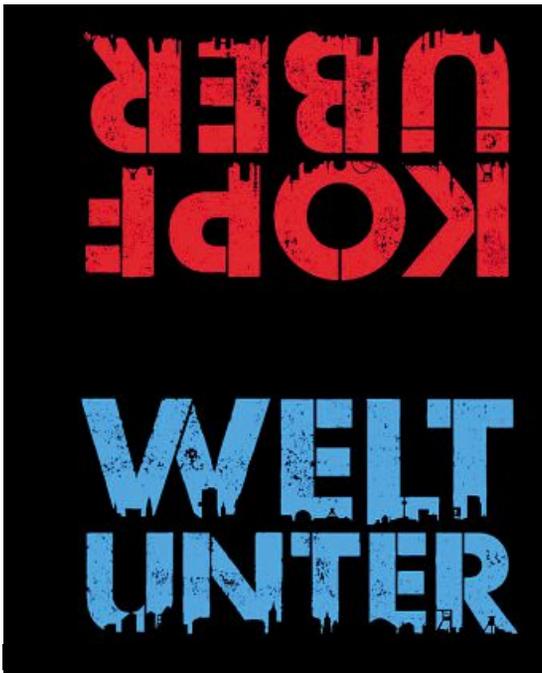
Mehr zu den Positionen der IG Metall unter:

[igmetall.de/Rente](https://www.igmetall.de/Rente)

Junge Menschen wollen vor allem Sicherheit

Die junge Generation ist bereit, sich für Werte wie Sicherheit und Solidarität zu engagieren. Das zeigt eine Studie der IG Metall Jugend. Junge Menschen haben Angst vor befristeten und schlecht bezahlten Jobs, Leistungsdruck und Konkurrenz. Für 95 Prozent ist ein sicherer Arbeitsplatz am wichtigsten. Dennoch blicken die meisten persönlich positiv in die Zukunft. »Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren gehen sehr pragmatisch mit ständigen Veränderungen, dem Verlust von Gewissheiten und den Herausforderungen der Zukunft um«, erklärt Michael Schmitzer, Leiter des Ressorts Junge IG Metall. »Sie leben den Krisenmodus und haben den Umgang damit perfektioniert.«

[igmetall-jugend.de](https://www.igmetall-jugend.de)



Mit ihren 80 Produktionen laden die Ruhrfestspiele unter dem Motto »Kopf über. Welt unter« zum Nachdenken und Mitempfinden ein.

RUHRFESTSPIELE
RECKLINGHAUSEN

71. Ruhrfestspiele in Recklinghausen

Vom 1. Mai bis 18. Juni geht es um große revolutionäre Momente.

Die Welt ändert sich. Stetig. Und immer schneller. So zumindest ist der Eindruck. Angesichts des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels und der radikalen Umbrüche, die unsere Weltordnung zunehmend ins Wanken bringen, meint man mitunter, die Welt stehe Kopf. Ein Zustand, der Ängste schürt, Ratlosigkeit auslöst, Ungewissheit hervorruft, in welche Richtung die Zukunft führt: abwärts oder aufwärts? Dabei vergisst man häufig, dass der Veränderung auch stets eine Chance innewohnt: auf Fortschritt, Verbesserung, Neubeginn.

Unter dem Motto »Kopf über. Welt unter« setzen sich die Ruhrfestspiele vom 1. Mai bis 18. Juni mit diesem schwer fassbaren Schwebezustand auseinander. Dabei richten sie den Blick auf große revolutionäre Momente: von der Reformation über die Französische, industrielle und Russische Revolution bis hin zur Protestbewegung auf dem Maidan in Kiew. Zugleich spiegeln sie die aktuellen Entwicklungen – von den Herausforderungen der Flüchtlingsbewegung über den wachsenden Zuspruch radikaler Parteien bis hin zum digitalen Wandel. Werke von

Goethe, E. T. A. Hoffmann, Strindberg und Pirandello über Kafka, Brecht und Canetti bis hin zu Günter Grass und Woody Allen stehen dabei im Fokus der Spielzeit.

Immer gern gehört sind die Lesungen prominenter Schauspielerinnen und Schauspieler wie Nina Kunzendorf, Hannelore Elsner und Ulrich Matthes bis hin zum Bundestagspräsidenten Norbert Lammert zum Thema der Saison. Ebenso beliebt: die Auftritte bekannter Kabarettisten wie Mirja Boes und die Honkey Donkeys und Hagen Rether. Das Abschlusskonzert gibt die gefeierte Newcomerband Wanda aus Wien.

Karten zu gewinnen metallzeitung verlost dreimal je zwei Karten für die Premiere des Stücks »Das Mädchen mit dem Fingerhut« am 20. Mai. Schreibt bis 15. April eine E-Mail mit dem Betreff »Ruhrfestspiele« an:

► metallzeitung@igmetall.de

Infos zum Festspielkalender und zu den Eintrittskarten (Gewerkschaftsmitglieder erhalten Karten zu einem ermäßigten Preis) unter: ► ruhrfestspiele.de

Experten für den eigenen Arbeitsplatz

Bei Bosch Thermotechnik in Wernau erarbeiten die Beschäftigten selbstständig Lösungen, um Stress zu reduzieren.

Es war ein langer Gang, eine 13 Jahre dauernde Odyssee, bei der es immer wieder zu Verzögerungen kam und der Weg durch juristische Instanzen führte. Aber am Ende, sagt Karl-Heinz Greth, Betriebsrat bei Bosch Thermotechnik in Wernau, am Ende haben sich alle Mühen ausgezahlt: »Wir haben eine Betriebsvereinbarung zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen. Die Beschäftigten analysieren ihre Arbeitsplätze selbst. Auf diese Weise können wir die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen deutlich senken.«

Das ist dringend nötig. In Wernau arbeiten derzeit rund 1200 Menschen, 300 von ihnen in der Produktion. Sie fertigen hier Gasheizgeräte, die Taktzeiten haben sich über die Jahre immer weiter verkürzt, die Belastungen haben zugenommen. Die Mehrzahl der Beschäftigten in Wernau aber ist im indirekten Bereich einge-

setzt: in der Entwicklung, im Einkauf, im Vertrieb. »Hier ist der Stress in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen«, sagt Karl-Heinz Greth, »die Kolleginnen und Kollegen klagen über Termindruck und Arbeitsverdichtung.«

Mit der Betriebsvereinbarung, die an allen 15 Standorten der Bosch Thermotechnik gilt, erkennt das Unternehmen an, dass psychische Belastungen und Erkrankungen häufig etwas mit den Arbeitsplätzen zu tun haben. »Jahrelang hatte der Arbeitgeber das bestritten.« Im Mittelpunkt der Vereinbarung, die der Betriebsrat mit Unterstützung der IG Metall verhandelt hat, steht der einzelne Beschäftigte als Experte bei der Bewertung seines Arbeitsplatzes und als von Stress Betroffener: Seine Belastungen und sein Erfahrungswissen sind Ausgangspunkt der Gefährdungsbeurteilung, auf diese bauen sich alle weiteren Schritte auf. Im Zentrum stehen je drei-

stündige Workshops, in denen 5 bis 15 Kolleginnen und Kollegen, die auf vergleichbaren Stellen arbeiten, Belastungs-, aber auch Kraftquellen finden und gewichten – und auch überlegen, wie Stress reduziert werden kann.

Anschließend werden die Vorschläge mit der eigenen Führungskraft diskutiert. Kommt es zu keiner einvernehmlichen Lösung, wird das dokumentiert und zur weiteren Klärung an ein eingesetztes Analyseteam weitergeleitet. Das ist zwar nicht paritätisch besetzt, jedoch ist es Greth und seinem Team gelungen, ein verbindliches Problemlösungsverfahren festzuschreiben, bei dem am Ende notfalls die Einigungsstelle steht. »Die Vereinbarung gibt uns viele Instrumente für eine gute Gesundheitspolitik in die Hand«, sagt Karl-Heinz Greth. »Jetzt kommt es darauf an, diese Instrumente engagiert einzusetzen.«

Jan.Chaberny@igmetall.de

IG Metall – eine Heimat für alle

Migration Fast 500 000 der IG Metall-Mitglieder haben ausländische Wurzeln. Eine aktuelle Studie zeigt: Viele von ihnen sind sehr engagiert – im Betrieb und in der IG Metall.

Kämen plötzlich alle Beschäftigten mit ausländischen Wurzeln auf die Idee, nicht mehr zu arbeiten, hätte die deutsche Wirtschaft ein Riesenproblem. In Autofabriken und Stahlwerken würde mehr als jeder Vierte fehlen, in Elektrounternehmen sogar fast jeder Dritte.

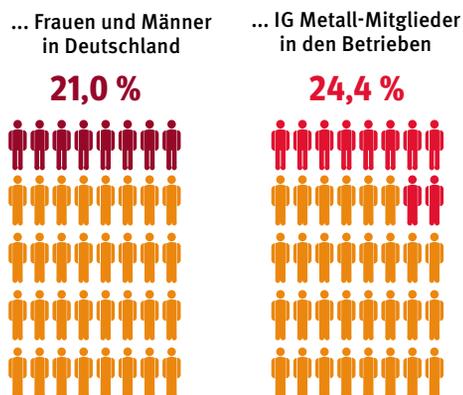
Die Belegschaften sind heute international, vor allem in großen Betrieben. Nicht selten arbeiten in Werkshallen und Büros Menschen aus bis zu 100 Herkunftsländern zusammen. Neben Türkischstämmigen sind es vor allem Menschen aus Süd- und Osteuropa, aber auch aus Skandinavien, Afrika und Südamerika. Die Vielfalt der Belegschaften spiegelt sich auch in der IG Metall wider.

Engagiert Fast eine halbe Million IG Metall-Mitglieder hat einen Migrationshintergrund. Das zeigt eine Studie des Empirischen Instituts für Integrations- und Migrationsforschung der Berliner Humboldt-Universität, die die IG Metall in Auftrag gegeben hat. Die meisten Mitglieder sind Einwanderer oder Nachfahren von Einwanderern aus der Türkei, gefolgt von Polen und Italienern. Sie leben und arbeiten überwiegend in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. 38 Prozent sind schon länger als 30 Jahre in Deutschland. Fast 63 Prozent haben die deutsche Staatsbürgerschaft, weitere elf Prozent neben dem deutschen noch einen weiteren Pass.

Nicht nur die Wirtschaft, auch die IG Metall hätte Riesenprobleme, wenn sie ohne ihre Mitglieder mit ausländischen Wurzeln klarkommen

Fast jeder Vierte im Betrieb ist Migrant

Einen Migrationshintergrund haben so viele ...



Quellen: Statistisches Bundesamt/
Humboldt-Universität Berlin

3 Fragen an Vanessa Barth



Vanessa Barth leitet den Bereich Zielgruppenarbeit und Gleichstellung beim IG Metall-Vorstand.

Foto: Annette Hornischer

Was ist für Dich das wichtigste Ergebnis der Studie?

Vanessa Barth: Sie belegt, dass unsere Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund einen großen Beitrag für gute und faire Arbeitsbedingungen im Betrieb leisten. Ich denke, das wissen in der IG Metall auch alle zu schätzen.

Woran liegt es, dass so viele Mitglieder mit Migrationshintergrund aktiv sind?

Barth: Daran, dass sich die IG Metall für die Gleichstellung aller Menschen einsetzt, unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion. Das steht nicht nur so in ihrer Satzung. Die Menschen mit ausländischen Wurzeln erleben die IG Metall auch als einen Raum, in dem sie geachtet, respektiert und gefördert werden und ihr Leben gleichberechtigt mitgestalten und -bestimmen können. Dabei helfen auch die Mitbestimmungsrechte, die das Betriebsverfassungsgesetz bietet.

In den Betrieben funktioniert das Zusammenleben also?

Barth: Absolut. Sicher gibt es auch vereinzelt Konflikte und auch Diskriminierung. Aber die Normalität in den Betrieben ist, dass die Beschäftigten friedlich zusammenarbeiten. Die Herkunft der Kolleginnen und Kollegen spielt im Umgang miteinander keine Rolle. Insofern ist die Arbeitswelt ein Beispiel dafür, dass Vielfalt gelebt werden kann.

müsste. Denn wie die Studie zeigt: Migrantinnen und Migranten sind in den Betrieben und der IG Metall überdurchschnittlich stark vertreten. In den Branchen, für die die IG Metall zuständig ist, machen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ausländischen Wurzeln 20 Prozent der Beschäftigten aus, aber über 24 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder. Von den IG Metall-Mitgliedern in den Betriebsräten haben sogar 32 Prozent einen Migrationshintergrund (siehe Grafik unten).

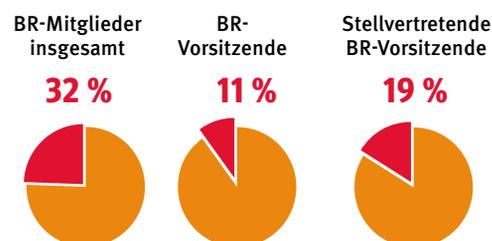
Von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, den Ansprechpartnern der IG Metall für die Sorgen und Wünsche der Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen, stammen sogar 37 Prozent aus Einwandererfamilien. Sie engagieren sich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, in der Gewerkschaft und bestimmen mit über die Unternehmenspolitik – wie die Aufsichtsratsmitglieder Ergun Lümalı bei Daimler in Stuttgart und Ayhan Üstün bei Vallourec in Düsseldorf.

Brücke zur Integration »Ich wollte mich immer schon gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen für gute Arbeitsbedingungen einsetzen«, sagt Üstün, der 1978 nach Deutschland kam und seit 1994 im Betriebsrat ist, inzwischen als Vorsitzender. Die IG Metall habe für ihn immer eine wichtige Rolle gespielt. Dass sie »für jeden offen ist und allen Menschen im Betrieb viel Unterstützung bietet, unabhängig von ihrer Herkunft«, mache ihren Reiz aus, gerade auch für Migranten. Arbeit und die Gewerkschaft seien für Einwanderer »die wichtigste Brücke zur Integration«.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Engagiert im Betrieb

So viel Prozent der Betriebsräte (BR) haben einen Migrationshintergrund:



Quelle: Humboldt-Universität Berlin

Interview Die IG Metall will die Managergehälter begrenzen und stärker an den nachhaltigen Unternehmenserfolg koppeln. Vertreter der IG Metall in den Aufsichtsräten wollen dafür Verantwortung übernehmen. Wir sprachen mit dem Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann.

Interview: Dirk Erb

Jörg, die IG Metall will die Managergehälter begrenzen. Warum?

Jörg Hofmann: Seit Jahren kennt die Entwicklung der Vorstandsvergütungen nur eine Richtung: nach oben. Die Vorstände der 30 DAX-Unternehmen verdienen im Schnitt das 57-Fache ihrer Beschäftigten. Vor 20 Jahren war es noch das 14-Fache. Daher begrüßen wir die öffentliche Debatte um Vorstandsvergütungen, Abfindungen und Pensionen. Wir wollen eine Trendwende einleiten. Dazu fordern wir Höchstgrenzen für Vorstandsvergütungen.

Manche kritisieren, die Vertreter der IG Metall in den Aufsichtsräten hätten die hohen Vorstandsvergütungen mit beschlossen. Stimmt das?

Hofmann: Für unsere Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten zählt vor allem der langfristige Unternehmenserfolg, etwa Investitionen in die Zukunft, was ja auch Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen sichert. Doch angesichts der Gehaltsexzesse müssen wir künftig mehr auf die Vergütungen achten. Selbstkritisch muss ich auch sagen: Wir haben oft die Entwicklung der Bonuszahlungen unterschätzt, die den größten Teil der Vergütungen ausmachen. Die Boni sind an die Gewinne und Aktienkurse der Vorjahre geknüpft. Wenn die sehr gut waren, kommen auch in schlechten Jahren bei manchen DAX-Konzernen Bezüge von weit über zehn Millionen Euro zustande. Daher müssen wir auch die Struktur und Kriterien der Vergütungen und Boni korrigieren.

Habt Ihr denn keine Möglichkeit, Bonuszahlungen zurückzufordern, wenn Manager Mist gebaut haben?

Hofmann: Im Nachhinein geht das bisher nicht. Die Boni sind in Verträgen festgeschrieben, an die wir uns halten müssen. Zudem hat die Kapitalseite im Aufsichtsrat immer die Mehrheit durch das doppelte Stimmrecht des Vorsitzenden. Daher fordert die IG Metall Korrekturen: Der Aufsichtsrat muss bei schlechten Leistungen Boni zurückfordern können.

Was ist mit der Obergrenze für Managergehälter? Wo soll die genau liegen?

Hofmann: Wir fordern keine pauschale Obergrenze für alle, sondern individuelle Jahreshöchstgrenzen für jedes Unterneh-

»Wir wollen **Höchstgrenzen** haltige Kriterien für **Manager**



Jörg Hofmann ist seit 2015 Erster Vorsitzender der IG Metall. Zudem vertritt er die Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten von Bosch und VW. Bei VW hat er im Aufsichtsrat gerade eine Reduzierung der Vorstandsvergütungen mit durchgesetzt.

men. Wir empfehlen, dass der Aufsichtsrat diese Höchstgrenze festlegt. Dabei soll er sich an Vergütungen in vergleichbaren Unternehmen orientieren, vor allem jedoch am Verhältnis der Vergütungen zum Durchschnittsgehalt der normalen Beschäftigten. Beides sollte der Aufsichtsrat offenlegen und damit die Höchstgrenze begründen.

Die SPD plant, dass Unternehmen Vergütungen nur bis 500 000 Euro steuerlich absetzen können. Reicht das nicht?

Hofmann: Das fordern wir auch. So würde zumindest dem Staat und der Gesellschaft ein gerechterer Anteil zukommen. Aber das

und nach- gehälter«

langfristige Ziele geknüpft sein. Außerdem sollen die Vorstände ihre Altersvorsorge selbst aus ihrem hohen Gehalt finanzieren.

Kann der Aufsichtsrat das alles leisten? In der Politik wird ja diskutiert, dass die Hauptversammlung der Aktionäre über die Vergütungen entscheiden soll ...

Hofmann: Eine Verlagerung der Zuständigkeit auf die Hauptversammlung würde das Machtgleichgewicht zugunsten der Kapitaleigner und ihrer oft kurzfristigen Renditeziele verschieben. Das wollen wir ja genau nicht. Anders als viele Kapitaleigner haben insbesondere die Arbeitnehmervertreter den nachhaltigen Unternehmenserfolg im Blick. Wir wollen daher, dass der Aufsichtsrat die Verantwortung trägt. Und wir wollen als Aufsichtsratsvertreter der IG Metall diese Verantwortung mittragen. Ein Vorschlag dazu ist, dass bei Vergütungen eine Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nötig sein muss, damit uns die Kapitalseite nicht mehr überstimmen kann.

Wie sehen die Arbeitnehmervertreter der IG Metall in den Aufsichtsräten diese Forderungen?

Hofmann: Unsere Vertreterinnen und Vertreter in Aufsichtsräten der DAX-Unternehmen in der Metall- und Elektroindustrie haben sich dazu gerade in einer gemeinsamen Erklärung bekannt (siehe unten). Und bei VW haben wir gerade eine Höchstgrenze und eine nachhaltigere Struktur durchgesetzt. Das bedeutet bei gleichen Leistungen im Schnitt rund 40 Prozent weniger Vergütung als bisher. Das ist immer noch extrem viel Geld – aber immerhin schon mal ein Schritt in die richtige Richtung.

alleine reicht nicht. Nur wegen der Steuern werden die Vergütungen nicht sinken. Wir brauchen Höchstgrenzen – und wie gesagt auch eine andere Vergütungsstruktur.

Wie soll die Struktur der Vorstandsvergütungen genau aussehen?

Hofmann: Wir wollen die Vergütung stärker an den nachhaltigen Unternehmenserfolg koppeln, etwa an die Sicherung von Arbeitsplätzen, statt an kurzfristige Renditen. Dazu wollen wir die variablen Vergütungsbestandteile – die Boni – auf die zweifache Grundvergütung begrenzen. Zudem soll die variable Vergütung zu zwei Dritteln an



Gemeinsame Erklärung

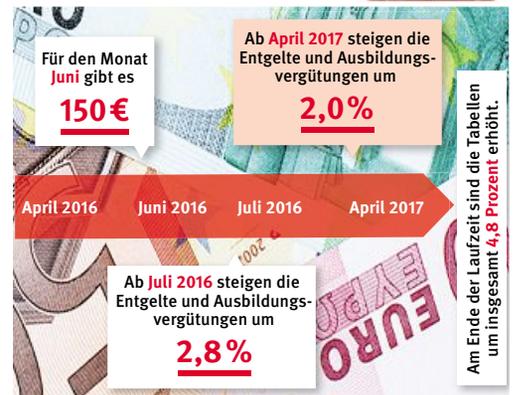
Die Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter der IG Metall in Aufsichtsräten der DAX-Unternehmen in der Metall- und Elektroindustrie fordern die Begrenzung von Vorstandsvergütungen.

► igmetall.de/managergehaelter

Tarifabschluss M+E-Industrie 2016

Jetzt kommt die zweite Stufe

WIR FÜR MEHR
TARIFRUNDE 2016



metall-tarifrunde-2016.de
Laufzeit 21 Monate, bis 31. Dezember 2017

Metall und Elektro: ab April mehr Geld

Tarif Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie können sich über mehr Geld freuen. Ab 1. April steigen die tariflichen Entgelte.

Die Tarifentgelte für die Beschäftigten und Auszubildenden der Metall- und Elektroindustrie steigen in diesem Monat um zwei Prozent. Das sieht die zweite Stufe des Tarifabschlusses vor, den die IG Metall im vergangenen Mai abgeschlossen hat.

Zwei Prozent mehr Damit sorgt der Tarifvertrag dafür, dass viele Metallerinnen und Metaller auch in diesem Jahr mehr Geld zur Verfügung haben. Bereits im vergangenen Jahr erhielten die Beschäftigten nach dem Abschluss im Juni eine Einmalzahlung von 150 Euro – für Auszubildende gab es 65 Euro –, bevor am 1. Juli 2016 die Tarifentgelte um 2,8 Prozent stiegen. Der Tarifabschluss gilt bundesweit für die insgesamt 3,8 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Der Tarifvertrag endet am 31. Dezember 2017.

Wir für mehr Mehr als 800 000 Metallerinnen und Metaller hatten sich an der Tarifrunde 2016 beteiligt. Sie hatten an Warnstreiks teilgenommen und Druck auf die Arbeitgeber gemacht. Für den Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann, hat dieses starke Signal an die Arbeitgeber den Abschluss erst möglich gemacht. »Einen Ausgleich zwischen gegensätzlichen Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gibt es nur mit einer starken Gewerkschaft und einem Flächentarifvertrag«, sagte Hofmann.

Mehr darüber, was der Tarifabschluss in diesem Monat bringt, könnt Ihr im Internet nachlesen. Ihr findet alles unter:

► metall-tarifrunde-2016.de

Sozialwahl 2017 Ab 22. April liegen dicke Wahlumschläge in vielen Briefkästen. Absender: Rentenversicherung und Krankenkassen. Wichtig nehmen? Ja. Denn wir haben die Chance, Menschen in die Gremien der Versicherungen zu wählen, die sich um unsere Interessen kümmern: um Renten, Reha, medizinische Versorgung und andere wichtige soziale Leistungen. Erfahrene IG Metall-Mitglieder stehen zur Wahl.

Von **Sylvia Koppelberg**

Alle sechs Jahre können die Versicherten entscheiden, wer ihre Interessen bei Krankenkassen, Renten- und Unfallversicherungen vertritt. Denn die Sozialversicherungen sind selbstverwaltet: In ihren Gremien entscheiden Vertreter der Versicherten oder der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Sie entscheiden bei Krankenkassen darüber, ob der Zusatzbeitrag nicht erhöht werden muss oder kümmern sich darum, wie Präventions- und Reha-Maßnahmen verbessert werden können. Auch in der gesetzlichen Rentenversicherung legen sie fest, welche Reha-Maßnahmen gefördert werden. Und sie wählen ehrenamtliche Versichertenberaterinnen und -berater, die angehende Rentnerinnen und Rentner vor Ort über ihre Ansprüche informieren und ihnen helfen, Anträge zu stellen. In der Unfallversicherung sorgen sie unter anderem dafür, dass die Verhütungsvorschriften an neue Arbeitsbedingungen angepasst werden.

Außerdem kontrollieren sie die Ausgaben. Und sie besetzen die Widerpruchsstellen. An sie können sich Versicherte wenden, wenn sie zum Beispiel

mit ihrem Rentenbescheid nicht einverstanden sind, die Kasse eine medizinische Behandlung abgelehnt hat oder die Berufsgenossenschaft eine Krebserkrankung nicht als Berufskrankheit anerkennt und keine Rente zahlen will. Oft geht es dabei um viel Geld.

Wo gewählt wird Die Sozialversicherungen sind für mehr als 71 Millionen Menschen zuständig. Nicht alle wählen. Bei 151 Versicherungen haben sich die Arbeitnehmerorganisationen auf eine gemeinsame Liste geeinigt, sodass keine Wahl mehr erforderlich ist. Briefwahlen gibt es nur dort, wo mehrere Listen konkurrieren: bei der Rentenversicherung und einigen Krankenkassen (siehe Tabelle Seite 14).

Mehr als 1600 IG Metall-Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich in den Sozialversicherungen. metallzeitung hat drei von ihnen gefragt, wie sie sich für Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner einsetzen.

Michael Schleich, Sicherheitsfachkraft bei der Dillinger Hütte, ehrenamtlich in der Unfallversicherung

Über 170 000 meldepflichtige Arbeits- und Wegeunfälle passieren in einem Jahr allein in Metall- und Holzbetrieben. Mehr als 15 700 Menschen zeigten 2015 bei der Berufsgenossenschaft Holz und Metall (BGHM) eine Berufskrankheit an. Lärmschwerhörigkeit, Hautkrankheiten, Lungenkrebs, Asbestose und andere. Michael Schleich hat ständig mit solchen Fällen zu tun. Er ist Mitglied im Rentenausschuss und Vorsitzender des Präventionsausschusses bei der BGHM. Seit der Sozialwahl 2011 engagiert sich das Betriebsratsmitglied Schleich im Vorstand und den Ausschüssen der Berufsgenossenschaft. Er kennt sich aus mit den Gesundheitsgefahren in der Arbeitswelt. Er ist Industriemeister und ausgebildete Sicherheitsfachkraft in der Dillinger Hütte.

Ob eine Krankheit arbeitsbedingt ist, ist oft schwierig nachzuweisen. Wenn jemand heute an Asbestose oder Leukämie erkrankt, kann es Jahrzehnte her sein, dass er Gefahrstoffen wie Asbest oder Benzol ausgesetzt war. Gutachter entscheiden dann oft: keine Berufskrankheit. Der Betroffene, der nicht mehr arbeiten kann und unter seiner Krankheit leidet, erhält noch nicht mal eine Rente. »Solche Entscheidungen können wir korrigieren«, sagt Michael Schleich. »Wir prüfen, ob richtig ermittelt wurde, oder veranlassen weitere

Untersuchungen. Manchmal gibt es die Firma schon gar nicht mehr. Dann lassen wir Zeitzugehen befragen.« Immerhin erhalten bei der BGHM rund 160 000 Menschen eine Unfall- oder BK-Rente. Über eine Milliarde Euro gehen so pro Jahr an Versicherte.

»Noch wichtiger, als Kranken und Unfallopfern zu ihrem Recht zu verhelfen, ist es mir, Arbeit sicherer zu machen, sodass Unfälle und arbeitsbedingte Krankheiten gar nicht erst entstehen«, sagt er. Gelegenheit dazu bietet ihm der Präventionsausschuss. In ihm geht es zum Beispiel um bessere Vorschriften und Regeln oder spezielle Angebote wie Sicherheitstrainings für Versicherte, die beruflich viel fahren müssen. Seit 2016 werden 700 Schlosereien, Metallbaubetriebe, Tischlereien und Schreinereien drei Jahre intensiv betreut. Das Ziel ist, die Unfallquoten in Betrieben mit bis zu 50 Beschäftigten zu senken. Auch für einzelne Branchen erarbeitet der Ausschuss spezielle Schutzkonzepte, zum Beispiel eine neue Regel für die Erzeugung von Roheisen und Stahl. Für all das ist Fachwissen nötig, über das Michael Schleich als ausgebildete Sicherheitsfachkraft in der Dillinger Hütte verfügt.

Großes bewegen.

Sozialwahl 2017

IG METALL

626
Milliarden

Die Sozialversicherungen entscheiden über einen Riesenetat. 2016 gaben sie 625,6 Milliarden Euro aus (ohne Alterssicherung Landwirte). Der Bundeshaushalt war mit 317 Milliarden Euro nur etwa halb so groß.

1600

Mehr als 1600 IG Metall-Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich in der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung.



Foto: Winfried Becker

WÄHLEN! MITBESTIMMEN!



Die Kandidatinnen und Kandidaten der IG Metall, Informationen zur Sozialwahl und Interviews, in denen Metallerinnen und Metaller über ihre Arbeit in der Selbstverwaltung berichten, findet Ihr unter: [igmetall.de/sozialwahl2017](https://www.igmetall.de/sozialwahl2017)

Hier sind Urwahlen:



TK (Techniker Krankenkasse)
Liste 3 – IG Metall
Platz 1: Detlef Decho
Airbus Bremen



DAK-Gesundheit
Liste 5 – IG Metall
Platz 1: Sebastian Roloff
IG Metall München



KKH (Kaufmännische Krankenkasse),
Liste 3 – DGB-Liste*
Platz 2: Peter Hlawaty
IG Metall Küste



HHK (Handelskrankenkasse)
Liste 4 – DGB-Liste*
Platz 1: Volker Karstaedt
Fassmer Werft



DRV Bund (Deutsche Rentenversicherung Bund)
Liste 7 – IG Metall
Platz 1: Hans-Jürgen Urban
IG Metall-Vorstand



DRV Saarland
Liste 3 – IG Metall
Platz 1: Michael Fischer
Dillinger Hütte



Barmer Ersatzkasse
IG Metall
Platz 1: Beate Kautzmann
IG Metall Gütersloh-Oelde

* mit IG Metall-Kandidatinnen und -Kandidaten



Infos zu allen Kandidatinnen und Kandidaten der IG Metall gibt es unter:
igmetall.de/sozialwahl2017



Foto: Andreas Pöcking

Renate Licht, DGB Gera, ehrenamtlich bei der Rentenversicherung

Renate Licht ist eine alte Häsin in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV). Seit 1994 ist die Metalllerin und Regionsgeschäftsführerin des DGB in Thüringen auch im Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland. Das ist einer der regionalen Träger der DRV mit eigenen Selbstverwaltungsgremien.

Licht ist auch im Haushalts- und Finanzausschuss. »Wir können keine Rentenpolitik machen«, sagt sie. Wie hoch die Rente ist und wann Beschäftigte in Rente gehen können, entscheidet der Bundestag. Menschen wie sie wachen darüber, dass mit den Rentenbeiträgen der Versicherten sorgsam umgegangen wird. »Wir haben Spielräume, wie das Geld aufgeteilt wird.« So haben die Vertreter der Versicherten in ihrer GRV dafür gesorgt, dass mehr in Prävention investiert wird. Aber es gehört auch zu den Aufgaben der Rentenversicherung, dafür zu sorgen, dass kranke Be-

schäftigte wieder arbeitsfähig werden und nicht schon früh von einer Erwerbsminderungsrente leben müssen. »Wir finanzieren zum Beispiel Kuren für Beschäftigte mit psychischen Belastungen oder Rückenproblemen und bieten Kurse zu gesunder Ernährung.«

Renate Licht ist auch im Widerspruchsausschuss. An ihn können sich Versicherte wenden, deren Anträge auf eine Reha oder Erwerbsminderungsrente die GRV abgelehnt hat. »Da kommt ein 62-Jähriger mit Bluthochdruck, Diabetes, Rückenbeschwerden, der schon eine Herzoperation hinter sich hat und arbeitslos ist, weil der Gutachter entschieden hat: Der kann noch arbeiten. Solche Fälle gab es früher öfter.« Der Widerspruchsausschuss kann solche Entscheidungen neu prüfen lassen. »Wenn der Ausschuss einen kritischen Blick darauf hat«, sagt Renate Licht, »wird es schwieriger, Rentenansprüche abzulehnen.«

Großes bewegen.

Sozialwahl 2017

IG METALL

Bert Römer, Arbeits- und Gesundheitsschutzexperte der IG Metall, ehrenamtlich in der Krankenversicherung

In Kfz-Werkstätten, Elektrofirmen und anderen meist kleineren Betrieben kommt oft vieles zusammen, was nicht gut für die Gesundheit ist: sehr belastende Arbeit, Nachlässigkeiten im Arbeitsschutz und kein Betriebsrat, der sich um die Arbeitsbedingungen kümmern kann. Bert Römer, Selbstverwalter in der IKK classic, engagiert sich für Menschen, die in solchen Betrieben arbeiten. Der ehemalige Experte für Arbeits- und Gesundheitsschutz beim IG Metall-Vorstand ist in vielen Gremien, in denen er etwas für Krankenversicherte bewegen kann: im Verwaltungsrat bei der IKK classic, der mit 3,3 Millionen Versicherten größten Innungskrankenkasse, und im Verwaltungsrat und in Ausschüssen beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen.

»Mit den individuellen Gesundheitskursen haben wir die Beschäftigten, die sie am dringendsten bräuchten, nicht erreicht. Darum gehen wir seit mehreren Jahren in die Betriebe«, berichtet Römer. Die Kasse bietet jetzt bundesweit auf der Basis ganzheitlicher Gefährdungs-

analysen Beratung und Maßnahmenpakete an, mit denen unter anderem Arbeitsabläufe gesünder gestaltet werden, der Gesundheitsschutz verbessert wird und Beschäftigte trainieren, wie sie Belastungen vermeiden können. Versicherte, die mitmachen, erhalten einen Bonus von 100 Euro.

Mit ihren Präventionsprogrammen versucht die Krankenkasse, schon junge Menschen zu erreichen. In Berufsschulen bietet sie für angehende Elektroniker, Kfz-Mechatroniker und Auszubildende anderer Berufe bald bundesweit Übungen an. Darin trainieren sie, wie sie sich in ihrer jeweiligen konkreten Arbeitssituation gesundheitsbewusst verhalten können.

Zufriedene Patienten »Versorgungsmanagement« ist eines der aktuellen Themen, die Bert Römer mit anschiebt. »Bei schweren Krankheiten werden Patienten oft ziemlich alleine gelassen. Statt schnell die richtigen Behandlungen zu erhalten, erleben sie oft Odysseen durch einen für sie undurchschaubaren Medizinbetrieb.« Eine bessere Steuerung und Betreuung soll ihnen künftig helfen, zum Beispiel unnötige Operationen zu vermeiden, schnell Untersuchungstermine zu bekommen und die richtige Behandlung und beste Spezialklinik zu finden.

Bert Römer und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter setzen sich auch dafür ein, dass die Leistungen für Patienten qualitativ und technisch auf dem neuesten Stand sind. So wird die IKK Diabetikern mit geeigneten Diagnosen moderne Technik (CGM) anbieten, die ähnlich wie Fitnesstracker rund um die Uhr Blutzuckerwerte misst. Das blutige Stechen ist dann Vergangenheit.

Schon erreicht haben Metaller wie Römer, dass eine Kasse Patienten bei der Anerkennung einer Berufskrankheit hilft. Dabei nutzt sie ihre Gesundheitsdaten um nachzuweisen, dass die Arbeit die Krankheit verursacht hat. Wenn die Betroffenen es wollen, übernimmt die Kasse für sie das Anerkennungsverfahren. »Wir haben schon Hunderte Fälle gewonnen, die ohne uns gar keine geworden wären – und den Kranken so zu besserer Versorgung oder auch zu einer Rente verholfen«, freut sich Römer.

Mit Unterstützung der Kasse können Versicherte auch bei schlecht gelaufenen Operationen, Krankenhausinfektionen oder ärztlichen Behandlungsfehlern rechnen. Deren Zahl geht in die Zigtausende. Wer dagegen vorgeht, stößt oft auf eine Mauer des Schweigens. Eine besondere Fachstelle nimmt sich der Sache an. Die IKK zum Beispiel bietet ihren Versicherten Rechtsbeistand und fachliche medizinische Unterstützung. Die Kosten für Gutachter und das Prozessrisiko trägt die Kasse.



Foto: Olaf Döring

Wahltermine: 22. April 2017: DRV Saarland schickt Wahlunterlagen zu; 24. April bis 4. Mai 2017: DRV Bund und Krankenkassen schicken Wahlunterlagen zu; 31. Mai 2017: Wahlbriefe müssen bei Versicherungen eingegangen sein. 1./2. September: Barmer Ersatzkasse stellt Wahlunterlagen zu; bis 4. Oktober 2017: Wahlbrief muss bei Barmer eingegangen sein.

Gemeinsam zum Erfolg

Tarifbindung Die Beschäftigten von Rail Power Systems haben sich einen Firmentarifvertrag zurückerkämpft und Lohnerhöhungen durchgesetzt.

Nein, das wollten sie sich nicht gefallen lassen, das war Mark Siepen und seinen Mitstreitern von Anfang an klar. »Als wir unseren Haustarifvertrag verloren haben und uns der Arbeitgeber erklärte, er wolle nun alle Arbeitsverträge einzeln ändern und die wöchentliche Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden hochsetzen, konnten wir das nicht auf uns sitzen lassen«, sagt der Betriebsratsvorsitzende von Rail Power Systems, einem führenden Anbieter von Bahnelektrifizierung und Stromversorgung mit Sitz in München. Sie haben es nicht auf sich sitzen lassen – und nach zahlreichen, intensiven und langen Verhandlungen einen Firmentarifvertrag ausgehandelt. »Ohne die Unterstützung der Belegschaft wäre das nicht möglich gewesen«, sagt Mark Siepen. »Die Kolleginnen und Kollegen standen hinter uns.«

Viel erreicht Mit dem Firmentarifvertrag durchgesetzt werden konnte eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen zum 1. März 2017 um 2,1 Prozent und eine weitere Erhöhung der Entgelte zum 1. Dezember 2018 um 2 Prozent. Dazu wurde die Einführung von 10 Entgeltgruppen zum 1. Juli 2017 vereinbart. »Ganz wichtig war uns, dass es eine Besitzstandssicherung für jetzige Beschäftigte gibt«, sagt Gesamtbetriebsratsvorsitzende Karin Kayser. Gemeinsam mit Marita Weber, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Offenbach, konnte der Betriebsrat auch erreichen, dass die Arbeitszeit nicht, wie von der Geschäftsführung gewollt, auf 40 Stunden in der Woche hochgesetzt wird. »Wir haben die Einführung der 37,5-Stunden-Woche ohne Entgeltausgleich verabredet«, sagt Marita Weber, »das trägt den besonderen Rahmenbedingungen des Unternehmens Rechnung.«

In der Tat: Die Rahmenbedingungen, in denen sich das Unternehmen mit seinen rund 700 Beschäftigten bewegt, sind hart. Der Markt, auf dem die Deutsche Bahn als größter Auftraggeber agiert, ist vor allem für kleinere Betriebe ein schwieriges Pflaster. »Wir installieren Anzeigentafeln, ertüchtigen Fahrleitungsanlagen und haben viele Mitbewerber«, sagt Mark Siepen. »Das ist ein harter Wettbewerb, die Bahn kann mit ihrer Monopolstellung nahezu unbremst Preise setzen.« Froh sind sie deshalb, dass es ihnen gelungen ist, einen Tarifvertrag auszuhandeln – auch wenn sie wissen, dass das erst die erste Etappe auf einem langen Weg war. Demnächst wollen sie neue Vorruhestandsregelungen vor allem für Monteure verhandeln. »Wir brauchen dringend gute Regelungen«, sagt Mark Siepen.

Jan.Chaberny@igmetall.de

Real mehr Geld in der Tasche

Tarifabschluss in der Textil- und Bekleidungsindustrie

Die Warnstreiks haben Betriebsrätin Heike Lange am meisten beeindruckt. »Wir haben wirklich tolle Aktionen gemacht«, sagt die Vorsitzende des Betriebsrats der Firma Bremskerl im niedersächsischen Estorf, »und den Druck haben wir gebraucht. 14.000 Textilerinnen und Textiler aus 130 Betrieben hatten sich während der Tarifrunde an Warnstreiks beteiligt. Anfang März gelang schließlich der Abschluss. Manfred Menningen, der für die IG Metall verhandelte, sieht vor allem zwei Ziele erreicht: »Der Abschluss bringt den Kolleginnen und Kollegen bei den derzeit steigenden Preisen real mehr Geld und ermöglicht mehr älteren Beschäftigten einen früheren Ausstieg aus dem Berufsleben.«

Fünf der sechs Tarifkommissionen hatten dem Abschluss bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe zugestimmt. Und so sieht das Ergebnis aus: Die Tarifentgelte steigen am 1. August 2017 um 2,7 Prozent und zum 1. September 2018 noch einmal um 1,7 Prozent. Für den Februar bekommen Beschäftigte eine Einmalzahlung in Höhe von 40 Euro, Auszubildende bekommen 20 Euro. Im März und April erhalten Beschäftigte jeweils 50 Euro, Auszubildende 25 Euro. Und im Mai, Juni und Juli beträgt die Einmalzahlung für Beschäftigte jeweils 60 Euro und für Auszubildende jeweils 30 Euro. »Wir haben erreicht, dass es keine

Monate ohne Erhöhung gibt und die Einmalzahlungen kommen vor allem den Kolleginnen und Kollegen mit niedrigem Einkommen zugute«, sagt Menningen.

Neben mehr Geld hatte die IG Metall gefordert, die Altersteilzeit zu erhalten und die Aufstockung vor allem für Bezieher niedriger Einkommen zu verbessern. Sie konnten es sich bisher oft nicht leisten, vorzeitig auszusteigen. Beides ist gelungen. Die Altersteilzeit bleibt und die Aufzahlungen steigen. Bisher stockte der Arbeitgeber das Einkommen in der Altersteilzeit um 475 Euro auf. Ab 1. August 2017 sind es 510 und 535 Euro ab 1. September 2018. Die Höhe hängt nicht davon ab, wann die Altersteilzeit vereinbart wurde, sondern wann sie beginnt. Der Tarifvertrag endet am 31. Januar 2019.

Guter Kompromiss Betriebsrätin Heike Lange freut das besonders: »Es ist gut, dass wir die Aufstockung verbessert haben, vor allem für die unteren Einkommensgruppen.« Insgesamt findet sie das Ergebnis einen guten Kompromiss. »Die Lage in der Branche ist sehr unterschiedlich und diese schwierigen Rahmenbedingungen spiegeln sich in dem Ergebnis wieder.«

Mehr zur Tarifrunde in der Textil- und Bekleidungsindustrie unter:
▶ igmetall.de → **Textile Branchen**



Gute Stimmung: Textilerinnen und Textiler vor der zweiten Verhandlung in Bielefeld.



Foto: Heiko Stumpe

Vier Prozent mehr Geld soll es für die Stahlbeschäftigten geben. Der hart umkämpfte Kompromiss ist auch ein Verdienst der Warnstreikenden.

Stahl: **mehr Geld ab April**

Verhandlungsergebnis Die rund 72 000 Beschäftigten der nordwestdeutschen Stahlindustrie sollen in zwei Stufen vier Prozent mehr Geld bekommen. Darauf einigten sich die Tarifparteien nach zehnstündigen Verhandlungen.

Ein guter Kompromiss, ein Ergebnis, mit dem sich leben lässt – so lauteten die ersten Reaktionen auf das Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der nordwestdeutschen Stahlindustrie. In der dritten Verhandlung hatten sich IG Metall und der Arbeitgeberverband Stahl auf eine Erhöhung der Entgelte von vier Prozent in zwei Stufen geeinigt. Die Einkommen steigen am 1. April 2017 um 2,3 Prozent und am 1. Mai 2018 um 1,7 Prozent. Der Tarifvertrag endet am 31. Dezember 2018 nach einer Gesamtlaufzeit von 22 Monaten.

Die Auszubildenden erhalten ebenfalls vier Prozent mehr in zwei Stufen. Da die Entgelte um den Betrag des vierten Ausbildungsjahrs steigen, erhalten die Ausbildungsjahrgänge eins bis drei überproportional mehr. Die Tarifverträge zu Altersteilzeit und Werkverträgen wurden ebenfalls bis zum 31. Dezember 2018 ver-

längert. Das bedeutet: Beschäftigte ab 55 Jahren haben weiterhin Anspruch auf Altersteilzeit. Die Quote der Anspruchsberechtigten bleibt bei fünf Prozent. Bei den Werkverträgen haben Betriebsräte weiterhin ein Mitbestimmungsrecht. Die Tarifkommission stimmt erst nach Redaktionsschluss über das Ergebnis ab.

Mit dem Ergebnis zufrieden Ilka Burghardt, Leiterin des Vertrauenskörpers bei Arcelor-Mittal in Bremen, freute sich über den Abschluss, als sie die Nachricht aus der Verhandlungskommission bekam: »Unter den gegebenen Bedingungen finde ich das ein gutes Ergebnis.« Geschluckt habe sie, als sie von der Laufzeit hörte. »Aber wenn man bedenkt, dass die Arbeitgeber keine Laufzeit unter 24 Monaten wollten und auch keine Vier vor dem Komma, bin ich mit dem Ergebnis wirklich zufrieden«, sagt Ilka Burghardt.

Knut Giesler, Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen und Verhandlungsführer, nannte das Ergebnis einen vertretbaren Kompromiss. »Es passt zur aktuellen Situation in der Stahlbranche und führt zu einem Reallohnplus bei den Beschäftigten«, sagte Giesler.

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, begrüßte die Fortführung der Altersteilzeit. Damit lasse sich der demografische Wandel in den Betrieben gestalten. »Mit dem Tarifergebnis erhalten die Beschäftigten einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Branche«, sagte Hofmann weiter.

Noch zehn Tage vor dem Abschluss hatten die Arbeitgeber 1,3 Prozent für 15 Monate geboten. Es folgten Warnstreiks, an denen sich rund 13 000 Beschäftigte beteiligten. Der hart umkämpfte Kompromiss, so Giesler, war auch ihr Verdienst.

Fabienne.Melzer@igmetall.de



9 Uhr

Herbert Fröhnich wacht nach der Nachtschicht wieder auf.



11 Uhr

Herbert kocht Mittagessen für sich und seine Frau.



14 Uhr

Seine Söhne kommen von der Schule.



16.30 Uhr

Herbert trainiert mit seinem 15-jährigen Sohn mit Hanteln und auf der Bank.



20.20 Uhr

20 Kilometer fährt er zu seinem Arbeitsplatz nach Koblenz.



21 Uhr

Die Schicht beginnt.



23 Uhr

Die Müdigkeit macht sich breit.



1 Uhr

Pause. Herbert isst einen Apfel und macht für ein paar Minuten die Augen zu.



3 Uhr

Der Tiefpunkt ist überwunden.



4.30 Uhr

Herbert reinigt die Maschinen und beendet seine Nachtschicht.



Herbert Fröhnich

Mit ihrer Kampagne »Mein Leben – meine Zeit« will die IG Metall Menschen unterstützen, wieder mehr über ihre Zeit selbst zu bestimmen. Wofür Metallerrinnen und Metalller ihre Zeit brauchen, erzählen wir in unserer Reihe »EIN TAG IM LEBEN VON ...« Mit 57, findet Herbert Fröhnich, sollte man niemanden mehr in eine zusätzliche Nachtschicht schicken.

Von Fabienne Melzer

Um neun wacht Herbert Fröhnich auf. Das Zimmer ist abgedunkelt, kein Geräusch dringt durch die Stöpsel in seinen Ohren. Herbert schließt die Augen, dreht sich auf die andere Seite, versucht wieder einzuschlafen, vergeblich. Während sein Körper müde von der Schicht nach Schlaf verlangt, sagt ihm seine innere Uhr, dass draußen der Tag beginnt.

Seit 17 Jahren arbeitet Herbert in Wechselschicht bei Aleris, Zulieferer der Auto- und Luftfahrtindustrie in Koblenz. Er ist Qualitätsfachmann, bereitet die Proben für die Zugprüfung aus den Platten vor.

Seit ein paar Jahren findet er nach der Nachtschicht oft nur noch wenig Schlaf. Um halb sechs kam er am Morgen nach Hause, duschte kurz und ging um sechs ins Bett. Um halb zehn ist er wieder auf den Beinen. »Die jungen Kollegen erzählen, dass sie bis nachmittags um vier schlafen. Aber wenn man auf die 60 zugeht, so wie ich, kommt der Körper damit nicht mehr klar«, sagt Herbert. Drei Stunden Schlaf, mehr werden es nicht – heute

und auch nach anderen Nachtschichten oft nicht. Vor Herbert liegt ein weiterer Tag, an dem er sich fühlt wie nach einem Transatlantikflug. Oder wie der 56-Jährige sagt: »Man sitzt rum wie Trippstrill.«

Herbert ist wach und doch zu müde, um etwas zu unternehmen. Vor zehn Jahren trainierte er noch mehrmals in der Woche, nahm an Meisterschaften im Bankdrücken teil. »Heute weiß ich gar nicht, woher ich die Kraft dafür genommen habe.« Er spannt seine muskulösen Oberarme an. »Das sind immer noch 50 Zentimeter Umfang.« Er lässt die Arme wieder sinken und fügt hinzu: »Es waren mal 56.« Da er nun wach ist, kocht er für die Familie. Die beiden Söhne kommen um zwei aus der Schule, die Familie isst zusammen.

Noch sieben Jahre Herbert wird im Mai 57. »Ich muss noch sieben Jahre durchhalten, dann kann ich in Rente gehen.« Er hat es sich ausgerechnet, mit 64 Jahren und vier Monaten hat er 45 Jahre gearbeitet. Früher aufhören will er nicht. Wenn er Freunde oder Nachbarn sieht, die ein paar Jahre vor der regulären Rente aufgehört haben, weniger Geld bekommen und jetzt

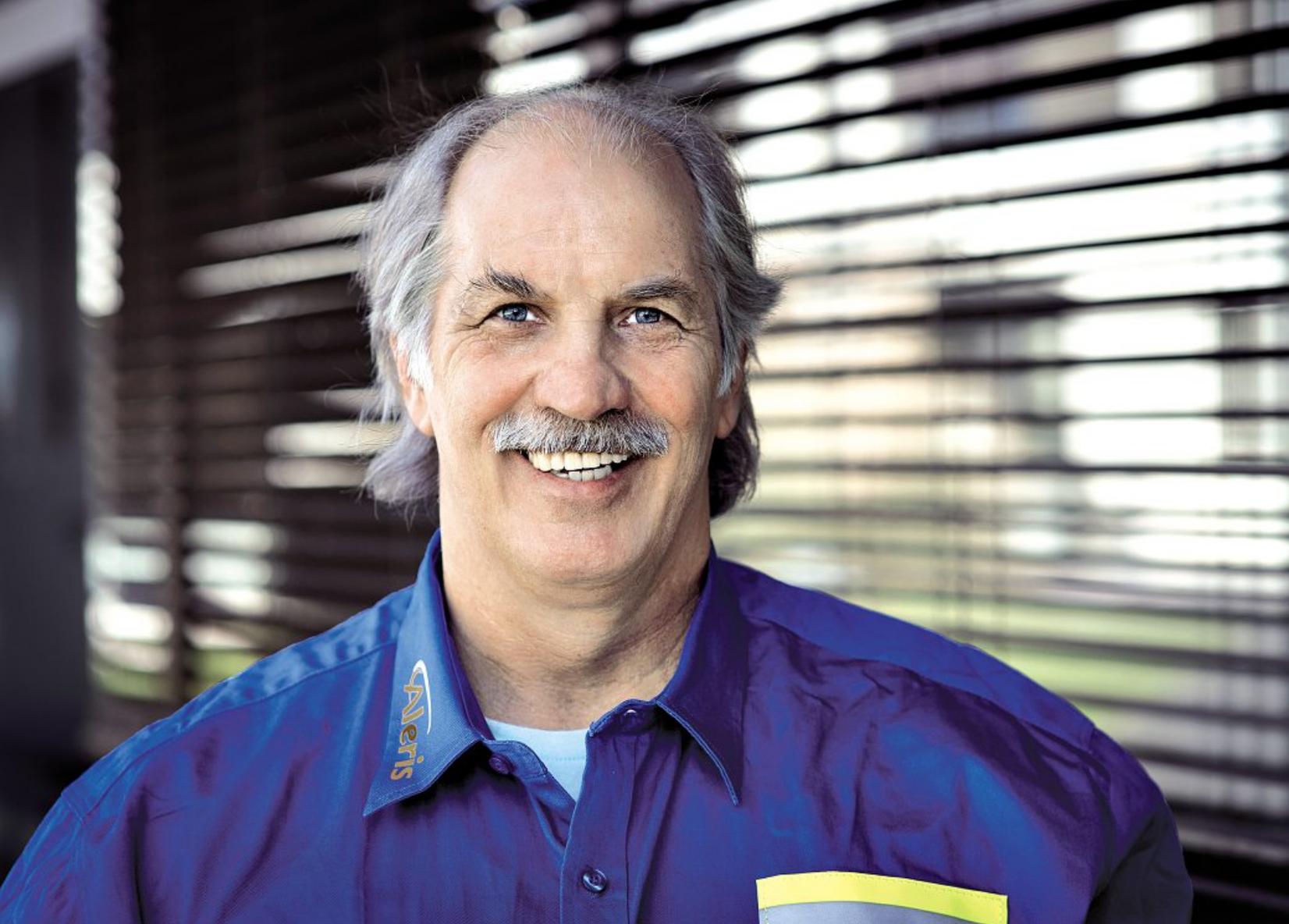


Foto: Sven Ehlers

im Morgenrauen Zeitungen austragen, fragt er sich, warum sie nicht länger gearbeitet haben. »Nein, lieber durchhalten und dann ganz aufhören.«

Die Nachtschichten setzen ihm zu. Sein Herz spielt manchmal verrückt, kommt aus dem Takt – Herz-Rhythmusstörungen. Dennoch will er nicht aus der Nachtschicht raus, allein schon weil er nicht auf das Geld verzichten kann. »Schlimmer sind die Ansageschichten«, sagt Herbert. Wenn viel zu tun ist, müssen er und seine Kollegen zusätzlich samstagsnachts eine Schicht einlegen. Wer eine Ansageschicht übernimmt, hat anschließend nur noch drei statt vier Tage frei. »Das reicht nicht mehr, um mich zu erholen«, sagt Herbert. Den ersten Tag nach der Nachtschicht kann er ohnehin streichen. Dann schleppt er sich wie Trippstrill durch den Tag, schläft abends vor dem Fernseher ein und anschließend zehn oder elf Stunden durch.

»Mit 57 sollte man die Leute nicht mehr Samstagnacht in eine zusätzliche Schicht schicken. Das ist einfach zu viel.« Herbert hofft auf den Betriebsrat. Er hat gerade mit dem Arbeitgeber verhandelt,

dass Beschäftigte ab 57 Jahren Ansageschichten nur noch freiwillig übernehmen müssen.

Um halb fünf geht Herbert mit seinem jüngeren Sohn trainieren. Der 15-Jährige hat den Sport seines Vaters für sich entdeckt. Im Keller steht noch immer alles, was man zum Training braucht: Hanteln, Drückerbank, Laufband, viele Jahre ungenutzt, seit fünf Wochen wieder in Gebrauch. Alle zwei Tage trainiert er mit seinem Sohn. »Man muss immer einen Tag Pause machen. Die Muskeln brauchen Ruhe, um zu wachsen.« Herbert denkt kurz nach, über das, was er gerade gesagt hat und fügt hinzu: »Wie bei der Arbeit, da braucht man auch Ruhe, um etwas zu leisten.«

Tiefpunkt um elf Um 20 nach acht fährt Herbert zur Arbeit. Er ist seit gut 10 Stunden auf den Beinen, er ist müde, doch seine Schicht liegt noch vor ihm. Die Familie wohnt in Lonnig, einem kleinen Ort in der Eifel, 20 Kilometer von Koblenz entfernt. Um 21 Uhr beginnt die Nachtschicht. Herbert stellt die Zugproben mit einer CNC-Dreh- und Fräsmaschine her.

Seit 17 Jahren arbeitet Herbert Fröhnich in Wechselschicht bei Aleris in Koblenz. Mit 57, findet er, steckt man zusätzliche Schichten nicht mehr so leicht weg.



Beschäftigte wollen mehr selbst über ihre Zeit bestimmen. Mit ihrer Arbeitszeitkampagne »Mein Leben – meine Zeit: Arbeit neu denken!« will die IG Metall sie unterstützen. Mehr zu den Themen der Kampagne:

► meinleben-meinezeit.de

Er muss sich konzentrieren, wenn er eine Null vergisst, sich vertippt, kann das die Maschine schrotten.

Der Tiefpunkt kommt gegen elf. Dann drückt die Müdigkeit schwer auf seine Augen und er sehnt die Pause um eins herbei. Eine halbe Stunde kann er dann verschlafen. Nachts isst er nichts, höchstens einen Apfel, lieber macht er für ein paar Minuten die Augen zu. Um drei hat er seinen Tiefpunkt überwunden und wird langsam wieder fit. Zwischen vier und halb fünf reinigt er die Maschinen und beendet seine Schicht.

Herbert steigt wieder ins Auto. Die 20 Kilometer Autobahn will er schnell hinter sich bringen. Er muss sich konzentrieren, um wach zu bleiben. »Es ist anstrengend«, sagt Herbert, »aber nur noch sieben Jahre, dann bin ich raus.« Dann will er sich ein Wohnmobil holen und einfach losfahren. »Ich war schon in Miami«, sagt Herbert, »aber ich war noch nie in Hamburg, noch nie an der Nordsee und auch noch nie an der Ostsee.« Dort will er überall hin. »Irgendwann hat man genug malocht«, sagt Herbert. »Dann will man nur noch seine Ruhe.«



Foto: Michael Reichel/dpa/pa

Montage des Opel Adam in Eisenach

Was wird aus Opel im PSA-Konzern?

Übernahme Opel/Vauxhall Die Werke sind über 2020 hinaus gesichert. Betriebsrat und IG Metall verhandeln über die Zukunft.

General Motors (GM) verkauft Opel/Vauxhall für 2,2 Milliarden Euro an den PSA-Konzern (Peugeot, Citroën). Kaum wurden die Gespräche über die Übernahme öffentlich, überboten sich die Medien mit Horrorszenarien über Jobabbau und Werksschließungen.

Tatsächlich jedoch sichern Tarifverträge der IG Metall bei Opel Arbeitsplätze und Werke ab: keine betriebsbedingten Kündigungen bis 2018. Zudem sind in den Tarifverträgen bis weit über 2020 hinaus konkrete Produkte und Projekte, also auch Automodelle für die einzelnen Standorte zugesagt.

»PSA hat bereits erklärt, alle bestehenden Tarifverträge zu erfüllen«, betont der Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Wolfgang Schäfer-Klug. »Ebenso bleibt auch unsere Mitbestimmung beim Verkauf weiterhin bestehen.«

Die Vereinbarungen verschaffen IG Metall und Gesamtbetriebsrat die notwendige Zeit, um Verhandlungen über die neue Rolle von Opel/Vauxhall im PSA-Konzern zu führen. Eine Schlüsselfunktion für die Zukunft sieht der Betriebsrat in Skaleneffekten durch die Nutzung von gleichen Teilen und gemeinsamen Plattformen. Dadurch können Autos profitabler produziert werden. Außerdem wollen IG Metall und Gesamtbetriebsrat klären, welche Kompetenzen Opel im PSA-Verband bei Zukunftstechnologien wie der Elektromobilität und dem autonomen Fahren erhält.

All das wollen IG Metall und Betriebsrat in einem geordneten Verhandlungsprozess klären, in den die Arbeitnehmervertreter aller europäischen Standorte eingebunden sind. »Nun muss es darum gehen, tragfähige Grundlagen für eine gute Zukunft zu sichern«, fordert Jörg Köhlinger, Bezirksleiter der IG Metall Mitte. »Die Opel-Beschäftigten erwarten langfristige Sicherheit für ihre Arbeitsplätze und Standorte.«

Aufbruch in Rom

Europa Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, unterzeichneten sechs Länder die Römischen Verträge – sie legten damit den Grundstein für die Europäische Union und schufen die Grundlagen für das Leben, das wir heute leben: ohne Grenzen, ohne Zölle, in Frieden und Freiheit. Dieses Fundament ist in Gefahr. Damit die Gemeinschaft nicht auseinanderfällt, wird es Zeit den Kurs zu ändern. **Von Jan Chaberny**

Welch ein Aufbruch, an diesem Märzvormittag vor 60 Jahren in Rom, was für eine Begeisterung: Kinder mit Fähnchen säumen die Straßen, Schaulustige drängen sich auf den Bürgersteigen, abgedunkelte Limousinen bahnen sich ihren Weg hinauf zum Kapitol. Oben, vor dem Konservatoren Palast, öffnen sich Türen, knirscht Kies, blitzen Kameras. Glockengeläut von den Kirchen, die Reporter zücken ihre Stifte, die Fotografen stellen die Linsen scharf – um ja nichts zu verpassen von diesem feierlichen Vormittag in Rom, der Geschichte schreiben wird.

Am 25. März 1957 unterzeichneten die Vertreter Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs und Deutschlands im großen Saal des Konservatoren-Palast die Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom). Die Verträge gehen als »Römische Verträge« in die Geschichtsbücher ein – und man kann sich jetzt fragen, was sie mit einem selbst, mit unserem Leben im Frühjahr 2017 zu tun haben.

Um es vorweg zu sagen: sehr viel. Bis heute prägen die Römischen Verträge das Leben von uns allen, von über 550 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in Europa.

Die sechs Gründerstaaten setzen sich zum Ziel, mithilfe von europäischen Institutionen wirtschaftlichen Fortschritt und friedliches Zusammenleben auch in Zukunft zu gewährleisten. Sie wollen Handelsbarrieren ab- und eine gemeinsame Zollpolitik aufbauen, sie wollen Rechtsvorschriften aneinander angleichen, einen freien Personen-, Dienstleistungs-, Kapital- und Warenverkehr schaffen und eine

friedliche Nutzung von Atomenergie sicherstellen. In Rom wird damit das Fundament für die Europäische Union errichtet: ein Staatenverbund von 27 Nationen, der gemeinsame Handels- und Wirtschaftspolitik verfolgt. Und es werden die Grundlagen des Lebens geschaffen, das wir heute leben: ohne Grenzen, mit umfassender Freizügigkeit, in Frieden und Freiheit. Grundlage ist die Idee, dass Menschen in einer freien, gerechten, solidarischen Gemeinschaft zusammenleben.

Und genau das, dieses Fundament, ist heute in Gefahr.

Vertrauen verloren Die Briten wollen raus aus der Europäischen Union, in Frankreich steht mit der Präsidentschaftswahl bald die nächste Entscheidung für oder gegen Europa an. Die soziale Ungleichheit innerhalb Europas hat sich verschärft, das Vertrauen der Menschen in die europäischen Institutionen ist geschwächt. Populistische Bewegungen profitieren überall in Europa von der zunehmenden Unzufriedenheit vieler Menschen.

Das gemeinsame Europa droht auseinanderzuberechen. Ausgerechnet im Jahr seines 60. Geburtstags.

Rechtspopulistische Parteien treiben einen Keil zwischen die Menschen; sie schüren Ängste, Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit. Ihre Forderung, Europa zu verlassen und zum Nationalismus zurückzukehren, ist gefährlich – denn Nationalismus, das formulierte eindringlich einmal der ehemalige französische Präsident François Mitterrand, Nationalismus bedeutet immer Krieg.

Das Brexit-Referendum der Briten ist nur scheinbar Ausdruck der Krise der Europäi-

Diese Ziele sollte
sich die EU in
den nächsten Jahren
auf die Fahnen
schreiben

schen Union. Eher verweist es auf eine politische und soziale Krise innerhalb Großbritanniens. Britische Gewerkschaften betonen das seit Langem. Anhaltende Deindustrialisierung, der stetige Abbau von Jobs in der Produktion, dazu Kürzungen bei Sozialleistungen und im Gesundheitssystem haben die Unsicherheit der Menschen und die soziale Kluft im Land vergrößert, analysiert etwa Ian Waddell von der britischen Gewerkschaft Unite. Diese soziale Schieflage sei der eigentliche Nährboden für Populisten und die Leave-Kampagne gewesen. Und die soziale Schieflage ist nicht nur in Großbritannien, sondern in vielen anderen Ländern Ursache für die Krise der Europäischen Union. Letztlich geht es um die Frage, ob die EU zusammengehalten werden kann oder auseinanderbricht.

ler Unsicherheit und hoher Arbeitslosigkeit. Vor allem junge Menschen im Süden Europas haben keine Chancen auf gute Arbeit, auf soziale, auf finanzielle Sicherheit. Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass viele Menschen Zweifel haben, dass Politik ein gutes Leben, Sicherheit und Wohlstand schaffen kann. Es besteht die Gefahr, dass sich die ökonomische Krise weiter zu einer sozialen und politischen Krise vertiefen wird, wenn die Ungleichheiten Europas nicht stärker bekämpft werden.

Seit mittlerweile über acht Jahren steckt die Europäische Union in einer Finanz- und Wirtschaftskrise. Länder wie Griechenland und Spanien leiden nach wie vor unter sozia-

Damit aber die wachsende Ungleichheit bekämpft werden kann, ist es notwendig, die aktuelle Finanz- und Wirtschaftspolitik zu beenden. Es war die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008, die hauptsächlich in den südlichen europäischen Ländern eine schwere ökonomische Krise ausgelöst hat. Es war allerdings die europäische Krisenpolitik, die mit Sparzwang, dem Abbau von Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechten die Wirtschaftskrise zusätzlich verschärfte. Die IG Metall fordert deshalb einen Kurswechsel in der europäischen Politik. »Weg vom Sparzwang hin zu verstärkten Investitionen in Europa, in seine Infrastruktur, vor allem aber in seine Menschen«, sagt Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Soziales Europa Europa hat mit seinen über 550 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und seiner Innovationskraft die Chance, die Standards für eine soziale, ökologische und demokratisch gestaltete Transformation in die Gesellschaft und Arbeitswelt von morgen zu setzen. »Die Schutzinteressen der Beschäftigten müssen vor den Binnenmarktinteressen stehen«, fordert Wolfgang Lemb. Ein Ansatzpunkt hierzu könnte etwa die Einführung von Fachkammern für Arbeits- und Sozialrecht beim Europäischen Gerichtshof sein.

Weil Europa seine Stärke hauptsächlich aus der industriellen Wertschöpfung bezieht, ist eine koordinierte Industriepolitik dringend erforderlich. Dazu muss Jugendarbeitslosigkeit energisch bekämpft werden. In diesen Bereichen aber sind vor allem die nationalen Regierungen Europas gefragt. Sozial- und Beschäftigungspolitik gehören nach wie vor allein zu ihrem Kompetenzbereich. Solange das so ist, sind die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Investitionen voranzutreiben und für soziale Standards zu sorgen.

Kampf gegen
Jugendarbeitslosigkeit

Stärkung von
Arbeitnehmerrechten

Vorrang sozialer
Grundrechte

Ende der
Austeritätspolitik

koordinierte
Industriepolitik

verstärkte
Investitionen

**Die Ziele der
Römischen Verträge
von 1957**

- ★ Sicherung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts
- ★ Beseitigung europäischer Schranken; Abschaffung der Zölle
- ★ Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbestimmungen
- ★ Beständige Wirtschaftsausweitung
- ★ Gemeinsame Handels-, Landwirtschafts- und Verkehrspolitik
- ★ Wahrung von Frieden und Freiheit
- ★ Größere Stabilität, engere Beziehungen zwischen den Staaten
- ★ Freier Personen-, Dienstleistungs-, Kapital-, und Warenverkehr
- ★ Angleichung innerstaatlicher Rechtsvorschriften
- ★ Innere und äußere finanzielle Stabilität

Die **Mythen** im Arbeitsrecht

Recht so Rechtsanspruch auf Abfindung? Unkündbar wegen Krankheit? Drei Abmahnungen vor Kündigung? Einige Mythen innerhalb des Arbeitsrechts sind nicht kleinzukriegen. Tjark Menssen klärt über die häufigsten Irrtümer auf.



Tjark Menssen
ist Jurist bei der
DGB Rechtsschutz
GmbH.

Foto: Frank Ott/DGB Rechtsschutz

»Arbeitsverträge müssen schriftlich geschlossen werden.«

Richtig ist, dass das Nachweisgesetz den Arbeitgeber verpflichtet, die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses nach Vertragsabschluss schriftlich innerhalb eines Monats aufzuschreiben. Aber auch eine mündliche Vereinbarung ist wirksam. Ein Arbeitsvertrag kann sogar stillschweigend vereinbart werden – zum Beispiel wenn ein Arbeitnehmer im Anschluss an ein befristetes Arbeitsverhältnis weiterarbeitet und der Arbeitgeber dies akzeptiert.

»Teilzeitbeschäftigte haben einen geringeren Urlaubsanspruch.«

Das ist falsch! Teilzeitbeschäftigte haben den gleichen tarifvertraglichen oder zumindest gesetzlichen Urlaubsanspruch wie Vollzeitbeschäftigte. Arbeiten sie nur an einigen Tagen in der Woche sind es zwar weniger Urlaubstage, dafür muss an den arbeitsfreien Tagen kein Urlaub genommen werden. Auch Minijobber und Teilzeitbeschäftigte haben einen gesetzlichen Anspruch auf mindestens vier Wochen Urlaub im Jahr.

»Während einer Krankheit ist ein Arbeitnehmer unkündbar.«

Der Arbeitgeber darf einen Beschäftigten nicht nur während, sondern sogar wegen einer Krankheit kündigen. Eine sogenannte personenbedingte Kündigung kann gerechtfertigt sein, wenn ein Arbeitnehmer häufige Kurzerkrankungen hat, die im Jahr sechs Wochen überschreiten. Oder der Arbeitnehmer ständig wiederkehrende oder lang andauernde Krankheiten hat, die den betrieblichen Ablauf stören oder eine hohe wirtschaftliche Belastung für den Arbeitgeber darstellen und bei denen keine Aussicht auf baldige Besserung besteht.

»Vor einer verhaltensbedingten Kündigung muss der Arbeitnehmer dreimal abgemahnt werden.«

Das stimmt nicht! So verbreitet dieser Satz ist, so falsch ist er. Meistens reicht eine Abmahnung, damit der Arbeitgeber bei einer nochmaligen arbeitsvertraglichen Verfehlung kündigen kann. Entscheidend ist die Schwere des Vertragsverstoßes. Allerdings muss die Abmahnung einen gleichartigen Sachverhalt betreffen. Bei schweren Verstößen, etwa bei Straftaten, kann auch eine Kündigung ohne Abmahnung gerechtfertigt sein.

»Wer gekündigt wird, kann auf jeden Fall die Zahlung einer Abfindung verlangen.«

Schön wär's! Doch ein Anspruch auf Abfindung kann sich nur im Falle einer betriebsbedingten Kündigung aus einem Tarifvertrag oder Sozialplan ergeben. Der Arbeitgeber kann auch eine Abfindung für den Fall anbieten, dass der Arbeitnehmer auf eine Kündigungsschutzklage verzichtet. Zudem sind Abfindungen immer das Ergebnis von Verhandlungen, bei denen der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer das Prozessrisiko »abkauft«.



Arbeitsvertrag checken lassen

Nicht selten stehen in einem Arbeitsvertrag wichtige Informationen und Klauseln zwischen den Zeilen. Mitglieder können Arbeitsverträge, Aufhebungsverträge und Zeugnisse von den Experten in den IG Metall-Geschäftsstellen überprüfen lassen.

 igmetall.de/vor-ort

Alles, was Recht ist



›EINKOMMENSTEUER

Geänderte Rechtslage zu Bonusprogrammen

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat am 1. Juni 2016 entschieden, dass nicht alle Zahlungen einer gesetzlichen Krankenversicherung, die im Rahmen eines Bonusprogramms geleistet werden, die als Sonderausgaben abziehbaren Krankenversicherungsbeiträge des Steuerpflichtigen mindern dürfen (X R 17/15). Hat der Versicherte bestimmte Gesundheitsmaßnahmen selbst finanziert, die nicht zum Leistungsumfang der Krankenversicherung gehören, und kann er diese Kosten nach den konkreten Bonusmodellbestimmungen für im Rahmen eines Bonusprogramms erworbene Ansprüche von der Krankenversicherung erstattet bekommen, dann handelt es sich hierbei um eine Kosten- und nicht um eine Beitragsrückerstattung. Krankenversicherungen dürfen solche Kostenerstattungen nicht mehr als Beitragsrückerstattung an die Finanzverwaltung melden. Eine Kostenerstattung liegt nicht vor, wenn im Rahmen des Bonusprogramms nur die Teilnahme an bestimmten Vorsorgemaßnahmen oder anderen gesundheitsfördernden Maßnahmen vorausgesetzt wird – auch wenn diese mit finanziellem Aufwand für den Steuerpflichtigen verbunden sind.

Papierbescheinigung Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat am 13. März 2017 das weitere Verfahren zur geänderten Rechtslage erläutert. Der Grund: Die Finanzämter können anhand der übermittelten Daten nicht unterscheiden, ob es sich um eine Kosten- oder eine Beitragsrückerstattung handelt. Deshalb hat die Finanzverwaltung die gesetzlichen Krankenversicherungen um Mithilfe gebeten. Diese sollen künftig feststellen, ob es sich um eine Kostenerstattung im Sinne des BFH-Urteils handelt. In einem nächsten Schritt ermitteln die Krankenkassen die von diesem Bonusprogramm betroffenen Versicherten und stellen diesen im Laufe des Jahres 2017 eine Papierbescheinigung aus. Betroffene Personen müssen zunächst nichts bei der Krankenkasse veranlassen. Liegt die Bescheinigung vor, ist sie beim zuständigen Finanzamt einzureichen. Sie ist Voraussetzung und Grundlage für eine Prüfung der Einkommensteuerfestsetzungen durch das Finanzamt. Eines Einspruchs der betroffenen Personen bedarf es hierfür nicht.

Wer keine Papierbescheinigung von seiner Krankenkasse erhält, kann davon ausgehen, dass die Neuregelung nicht für die Leistung aus dem Bonusprogramm gilt. Eine Änderung der Einkommensteuerfestsetzung kommt dann nicht in Betracht.

Schreiben des BMF vom 13. März 2017:

► bundesfinanzministerium.de

→ Suche: Bonusprogramm



›ELTERNGELD

Leistung darf nach einer Fehlgeburt nicht geringer sein

Für die Berechnung des Elterngelds nach der Geburt eines Kindes macht es keinen Unterschied, ob eine frühere Schwangerschaft mit einer Lebend- oder einer Fehlgeburt endete, wenn die Arbeitnehmerin im Anschluss an jene Schwangerschaft arbeitsunfähig an einer Depression erkrankt war. Das hat das Bundessozialgericht (BSG) entschieden.

Geklagt hatte eine Arbeitnehmerin, die zum wiederholten Mal eine Fehlgeburt erlitten hatte. Daraufhin erkrankte sie an einer Depression und konnte ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen. Erst ein Dreivierteljahr später, als die Klägerin erneut schwanger war, nahm sie ihre Arbeit wieder auf. Nach der Geburt des Kindes gewährte ihr das Amt ein geringeres Elterngeld. Grund dafür war, dass die Behörde das Elterngeld nach dem Einkommen der Klägerin in den zwölf Monaten vor der Geburt des Kindes berechnete, in denen die Klägerin aufgrund ihrer Krankheit größtenteils kein Einkommen erzielt hatte. Das BSG entschied, dass der Mutter ein höheres Elterngeld zustehe. Bei dessen Berechnung sei im Wesentlichen das Einkommen der Klägerin vor ihrer depressiven Erkrankung entscheidend. Diese ist nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) als schwangerschaftsbedingte Krankheit zu werten. Die Krankheitsmonate sind bei der Bemessung des vorgeburtlichen Einkommens nicht zu berücksichtigen. Unerheblich ist dabei, ob die krankheitsauslösende Schwangerschaft mit der Geburt eines Kindes endete, für das Elterngeld bezogen wurde. Denn die entscheidende Vorschrift des BEEG dient dem Nachteilsausgleich Schwangerer. Das besondere gesundheitliche Risiko einer Schwangerschaft soll nicht dazu führen, dass Mütter ein geringeres Elterngeld erhalten.

► **Bundessozialgericht (BSG)**
vom 16. März 2017 – B 10 EG 9/15 R



›ARBEITSLOSENGELD II

Hundehaftpflichtversicherung ist nicht existenziell

Beiträge, die für die gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung eines Hundes gezahlt werden, können vom Halter nicht vom Einkommen abgesetzt werden, um so höheres ergänzendes Arbeitslosengeld II zu erhalten. Das Bundessozialgericht entschied, dass nur solche Versicherungen absetzbar sind, die einen spezifischen Bezug zu den Zielen des Sozialgesetzbuchs II aufweisen, beispielsweise die Gebäudebrandversicherung oder die Kfz-Haftpflichtversicherung. Ein derartiger Bezug zur Existenzsicherung oder zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist bei der Tierhaltung nicht gegeben, auch wenn ein Hund für viele Menschen von großer Bedeutung ist.

► **BSG vom 8. Februar 2017 – B 14 AS 10/16**



›DISKRIMINIERUNG

Bloße Möglichkeit reicht nicht aus

Es ist nicht in jedem Fall diskriminierend, wenn ein Arbeitgeber dem Wunsch seiner Beschäftigten nach Erhöhung ihrer Arbeitszeit entspricht und dabei nur einen neu eingestellten und einen behinderten Arbeitnehmer ausnimmt. Das Bundesarbeitsgericht entschied, dass es sich nur dann um eine Diskriminierung handeln kann, wenn Indizien vorliegen, die mit »überwiegender Wahrscheinlichkeit« darauf schließen lassen, dass die Behinderung ursächlich für die Benachteiligung war. Die bloße Möglichkeit hierzu reiche nicht aus.

► **Bundesarbeitsgericht vom 26. Januar 2017 – 8 AZR 736/15**

Grundsicherung Hilfe für Rentner

Einkommen Viele Rentnerinnen und Rentner können trotz eines langen Erwerbslebens nicht von ihrem Geld leben. Dabei haben viele von ihnen einen Anspruch auf die sogenannte Grundsicherung im Alter.

Von Antonela Pelivan

Immer mehr alte Menschen sind von Armut bedroht. Der Grund: Die Rente reicht nicht mehr zum Leben. Darum hat der Gesetzgeber 2003 die sogenannte Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung eingeführt. Wer durch Alter oder dauerhafte Erwerbsminderung endgültig aus dem Berufsleben ausgeschieden ist und seinen Lebensunterhalt nicht durch eigenes Einkommen und Vermögen bestreiten kann, sollte deshalb bei einem Gesamteinkommen unter 823 Euro im Monat prüfen, ob ein Anspruch auf Grundsicherung besteht.

Während die Hilfe zum Lebensunterhalt eine Leistung ist, die Menschen in einer vorübergehenden schwierigen Lebenssituation unterstützt, greift die Grundsicherung langfristig. Der entscheidende Unterschied ist, dass Kinder und Eltern nicht unterhaltspflichtig sind, wenn deren jährliches Gesamteinkommen unter 100 000 Euro liegt.

Wofür und wie viel? Mit der Grundsicherung im Alter sollen die Kosten des notwendigen Lebensunterhalts, für Unterkunft und Heizung sowie Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge abge-

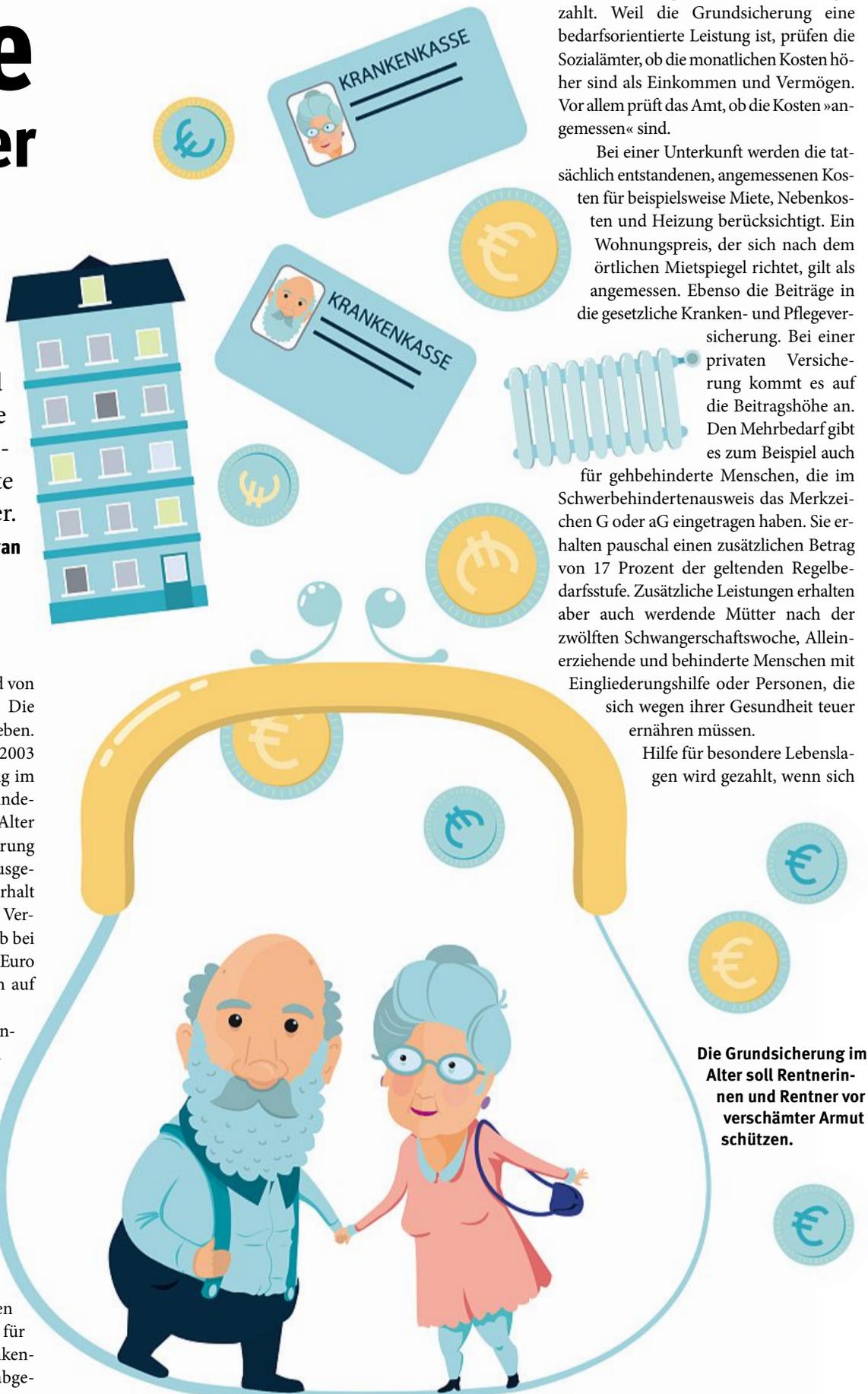
deckt werden. Wer wegen seiner persönlichen Lebensumstände höhere Kosten hat, dem wird ein sogenannter Mehrbedarf gezahlt. Weil die Grundsicherung eine bedarfsorientierte Leistung ist, prüfen die Sozialämter, ob die monatlichen Kosten höher sind als Einkommen und Vermögen. Vor allem prüft das Amt, ob die Kosten »angemessen« sind.

Bei einer Unterkunft werden die tatsächlich entstandenen, angemessenen Kosten für beispielsweise Miete, Nebenkosten und Heizung berücksichtigt. Ein Wohnungspreis, der sich nach dem örtlichen Mietspiegel richtet, gilt als angemessen. Ebenso die Beiträge in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Bei einer privaten Versicherung kommt es auf die Beitragshöhe an. Den Mehrbedarf gibt es zum Beispiel auch

für gehbehinderte Menschen, die im Schwerbehindertenausweis das Merkzeichen G oder aG eingetragen haben. Sie erhalten pauschal einen zusätzlichen Betrag von 17 Prozent der geltenden Regelbedarfsstufe. Zusätzliche Leistungen erhalten aber auch werdende Mütter nach der zwölften Schwangerschaftswoche, Alleinerziehende und behinderte Menschen mit Eingliederungshilfe oder Personen, die sich wegen ihrer Gesundheit teuer ernähren müssen.

Hilfe für besondere Lebenslagen wird gezahlt, wenn sich

Die Grundsicherung im Alter soll Rentnerinnen und Rentner vor verschämter Armut schützen.



jemand in einer sozialen Notlage befindet. Etwa wenn wegen Mietschulden die Obdachlosigkeit droht.

Die Voraussetzungen Anspruch haben Personen, die aufgrund ihres Alters oder dauerhafter voller Erwerbsminderung nicht mehr arbeiten können und deren Einkommen so gering ist, dass es für den Lebensunterhalt nicht oder nicht ganz ausreicht.

Zum Einkommen gehören etwa Renten, Kindergeld und Erwerbseinkommen (auch aus einem Minijob). Berücksichtigt wird jedoch nicht das volle (Brutto-)Einkommen. Steuern, Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen wie der Hausrat- oder Haftpflichtversicherung können – wenn sie vorgeschrieben und angemessen sind – abgezogen werden. Zusätzlich werden pauschal 30 Prozent des Einkommens, aus einer nicht selbstständigen Tätigkeit, wie einem Minijob, oder einer selbstständigen Tätigkeit, nicht mit einbezogen (höchstens jedoch 50 Prozent der Regelbedarfsstufe 1). Bei bestimmten steuerfreien Tätigkeiten, wie einem Ehrenamt, berücksichtigt das Amt bis zu 200 Euro monatlich nicht als Einkommen.

Grundsicherung kann beantragen, wer die Altersgrenze für die Regelaltersrente erreicht hat. Wer 1952 geboren ist und 2017 seinen 65. Geburtstag feiert, erreicht die Regelaltersgrenze mit 65 Jahren und 6 Monaten. Für Jahrgänge ab 1964 gilt die Altersgrenze von 67 Jahren. Junge Menschen, die aus medizinischen Gründen dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, müssen mindestens 18 Jahre alt sein.

Die Höhe der Grundsicherung ergibt sich aus dem Bedarf der Regelbedarfsstufe für die Sozialhilfe. Für Alleinstehende und Alleinerziehende mit eigenem Haushalt oder nicht erwerbsfähige Menschen oder Menschen mit Behinderung, die bei den Eltern oder in einer Wohngemeinschaft leben, gilt die Regelbedarfsstufe 1 von zurzeit 409 Euro im Monat.

Für zusammenlebende Ehegatten und eingetragene Lebenspartner mit gemeinsamem Haushalt gibt es in der Regelbedarfsstufe 2 je Person 368 Euro im Monat. Für die Berechnung wird auch das berücksichtigungsfähige Einkommen und Vermögen vom Ehepartner, eingetragenen Lebenspartner, Partner einer ehe- beziehungsweise lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft herangezogen. Darum legt das Amt auch für den Partner einen persönlichen Bedarf fest und rechnet diesen mit den vorhandenen finanziellen Mitteln gegen. Was übrig bleibt, wird beim Antragsteller

berücksichtigt. Für Menschen mit Behinderung, die in stationären Einrichtungen leben, gilt die Regelbedarfsstufe 3 von 327 Euro monatlich.

Das Amt ermittelt zuerst den Bedarf, betrachtet Einkommen und Vermögen und prüft dann, ob der Bedarf des Antragstellers größer ist als das Einkommen oder Vermögen. Ist dies der Fall, wird genau dieser Fehlbetrag als Grundsicherung gezahlt.

Der Antrag Anträge sind beim örtlich zuständigen Sozialamt, Bereich Grundsicherung, zu stellen. Bei Renten die zurzeit geringer als 823 Euro im Monat sind, liegt dem Bescheid in der Regel ein Antragsformular bei.

Die Zahlung beginnt mit dem ersten Tag des Monats, in dem der Antrag gestellt wird, und erfolgt für 12 Monate. Danach muss ein neuer Antrag gestellt werden.

Die Broschüre »Die Grundsicherung: Hilfe für Rentner« der Deutschen Rentenversicherung zeigt, wie man die Leistung beantragt und wie sich deren Höhe errechnet:

🔗 deutsche-rentenversicherung.de
→ Services → Broschüren & mehr
→ Broschüren → Rente



Zum Einkommen gehören

- Erwerbseinkommen (auch aus Nebenjobs)
- Renten und Pensionen (auch aus dem Ausland)
- Unterhalt des getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten
- Elterngeld, soweit es den Elterngeldfreibetrag von 300 Euro übersteigt
- Kindergeld
- Krankengeld
- Miet- und Pachteinnahmen
- Zinsen und sonstige Einkünfte aus Kapitalvermögen

Zum Vermögen gehören

- Haus- und Grundvermögen
- Bargeld, Sparguthaben, Wertpapiere sowie Rückkaufswerte von Lebens- und Sterbeversicherungen
- Pkws
- Kleinere Barbeträge fallen unter das sogenannte Schonvermögen. Es beträgt für Alleinstehende 2600 Euro, für Verheiratete oder eheähnliche Partnerschaften insgesamt 3214 Euro. Für weitere unterhaltspflichtige Personen im Haushalt erhöht sich der Betrag um 256 Euro pro Person.

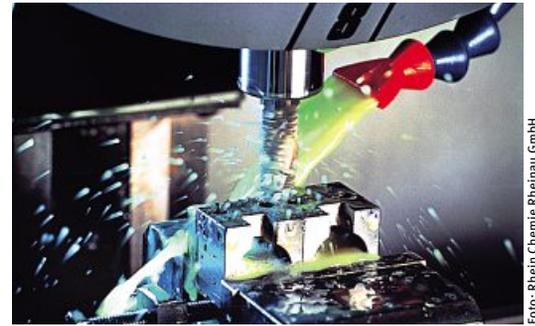


Foto: Rhein-Chemie Rheinau GmbH

Kühlschmierstoffe schonen das Werkzeug. Einige von ihnen schaden aber der Gesundheit.

Gefährliche Kühlschmierstoffe

In der Metallindustrie wird täglich gedreht, gefräst, gebohrt, geschliffen. Kühlschmierstoffe schonen das Werkzeug und sorgen für minimale Reibungsverluste. Allerdings: Sie sind schwer zu entsorgen und belasten die Umwelt. Manche von ihnen können krank machen. Die »Stoffliste Kühlschmierstoffe«, die die IG Metall mit dem Verbraucherkreis Industrieschmierstoffe und dem Verband der Schmierstoffindustrie jährlich herausgibt, weist auf gefährliche Komponenten in Kühlschmierstoffen hin. Aufgelistet werden verbotene Stoffe oder Stoffe, die nur beschränkt verwendet werden dürfen. Die Liste hilft so dabei, umwelt- und arbeitsschutzgerecht mit Kühlschmierstoffen umzugehen.

🔗 igmetall.de/kuehlschmierstoffe

Tipps für Studis mit Job

Einige Studierende arbeiten das gesamte Semester hindurch, um sich das Studium zu finanzieren. Andere nutzen nur die vorlesungsfreie Zeit, um sich etwas Geld hinzuverdienen. Gesetzlich sind Studierende in einem Beschäftigungsverhältnis in der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung beitragspflichtig. Allerdings gelten für sie bestimmte Ausnahmen. Die Broschüre »Tipps für Studenten: jobben und studieren« der Deutschen Rentenversicherung zeigt, wann Beiträge zu zahlen sind, was für ein Praktikum gilt und was Minijobs und befristete Aushilfsjobs unterscheidet:

🔗 deutsche-rentenversicherung.de
→ Services → Broschüren & mehr
→ Broschüren → Vor der Rente

Befragung berufstätiger Mütter

Die Frankfurt University of Applied Sciences will herausfinden, welche Karriereperspektiven, -hindernisse und -chancen berufstätige Mütter in Deutschland haben und was sie sich von ihrem Umfeld, am Arbeitsplatz und von der Politik für die Zukunft wünschen. Ziel der Studie ist es, aus den Ergebnissen Empfehlungen für Unternehmen, Politik und Gesellschaft abzuleiten, die die Situation berufstätiger Mütter unterstützen und verbessern. Die anonymisierte Onlinebefragung richtet sich vor allem an Nichtakademikerinnen und dauert etwa 15 Minuten:

🔗 de.surveymonkey.com/r/6XJ9B36

Mehr Wissen für Studierende

Von Englischkurs bis Arbeitsrecht: Das neue Bildungsprogramm der IG Metall für (dual) Studierende bietet praxisorientierte Zusatzqualifikationen und gesellschaftspolitische Seminare. Weitere Informationen zu den Veranstaltungsorten ebenso wie zur Anmeldung und Freistellung gibt es im Bildungsprogramm:

► igmetall.de/bildung

Fünf Tage für die Bildung

Ob Computerworkshop oder Sprachkurs: Wer sich weiterbilden und etwas für sich oder seine Karriere tun möchte, kann dafür Sonderurlaub beantragen. Außer den Bayern und Sachsen steht jedem Beschäftigten Bildungsurlaub zu. Der IG Metall-Ratgeber Bildungsurlaub gibt Tipps für einen reibungslosen Ablauf der bezahlten Lernzeit:

► igmetall.de
→ Suche: Ratgeber Bildungsurlaub

Stipendium der Gewerkschaften

Die gewerkschaftliche Hans-Böckler-Stiftung vergibt Stipendien zum Studieren. Bewerben können sich gewerkschaftlich Engagierte sowie sozial Engagierte, die sich kein Studium leisten können. Das Geld für die Stipendien kommt von den Aufsichtsratsvertretern der Gewerkschaften, die dafür Aufsichtsratsantien an die Stiftung abführen.

► boeckler.de/stipendium

Der Vielseitige

Verfahrensmechaniker für Kunststoff- und Kautschuktechnik Firmen suchen diese Fachkräfte oft vergeblich – weil Jugendliche entweder nicht wissen, dass es den Beruf gibt, oder sich nichts darunter vorstellen können.

Arbeit am Rotorblatt bei Vestas im brandenburgischen Lauchhammer: Kunststoffexperten sind nicht nur in der Windbranche sehr gefragt.



»Unser Unternehmen sucht jedes Jahr Auszubildende, die Verfahrensmechaniker für Kunststoff- und Kautschuktechnik lernen wollen. Aber es ist schwierig, sie zu finden«, berichtet Volker Karstaedt. Er ist Betriebsratsvorsitzender bei Fassmer in der Wesermarsch. Dort werden Rettungsboote, Schiffe und Gondelverkleidungen für Windkraftwerke hergestellt. »Wer den Beruf lernt, hat beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt«, sagt Karstaedt. »Weil es zu wenige gibt und der Beruf sehr vielseitig ist.«

Die Azubis können zwischen sieben verschiedenen Fachrichtun-

gen wählen, zum Beispiel Bauteile, Faserverbundtechnologien oder Kunststofffenster. In der Ausbildung lernen sie, welche Werkstoffe aus Kunststoff und Kautschuk sich wofür eignen und wie sie bearbeitet werden. Die Arbeit der ausgelernten Verfahrensmechanikerinnen und -mechaniker besteht darin, die Materialien und Fertigungsverfahren auszuwählen, Maschinen einzurichten, die (meist automatisierte und computergesteuerte) Produktion zu überwachen und zu steuern, die Qualität der fertigen Teile zu prüfen und die Anlagen zu warten und zu reparieren.

Die Produktpalette reicht von Rohrleitungen, Stoßstangen, Booten, Rotoren, Verkleidungen für Gondeln, Fahrzeuge und Flugzeuge über Fenster- und Türrahmen, Farbmittel, Kunststofffolien, Mischstoffe aus Keramik und Glasfaser für Autoteile, Möbel, Haushaltsgeräte oder Bauwerke bis zu medizinischen Geräten.

Interesse an Chemie Die Ausbildung dauert drei Jahre. Wer sich bewirbt, sollte sich für Technik, Chemie und Physik interessieren. Und er braucht einen Hauptschul- oder Realschulabschluss. Bei der Firma Fassmer lernen einige Ju-

Entgeltunterschied in Unternehmen der ITK-Branche in ausgewählten Berufsgruppen

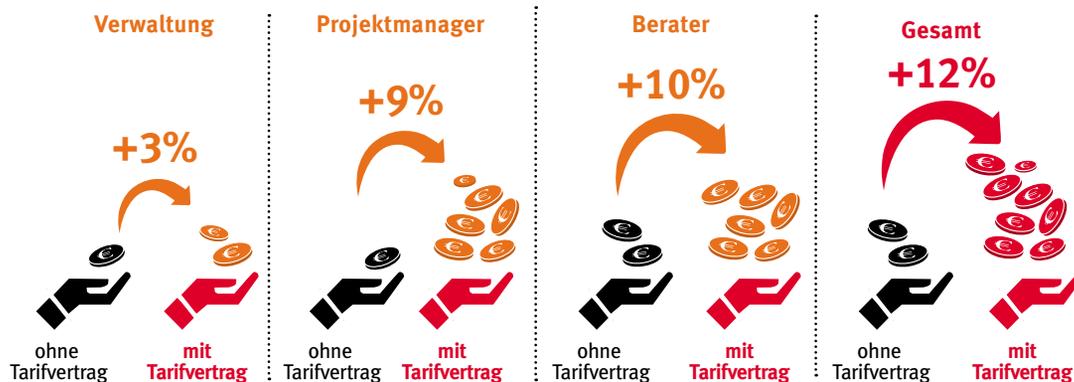




Foto: Patrick Pleul/dpa/pa

gendliche den Beruf auch im Rahmen eines dualen Studiums.

Die Ausbildungsvergütungen sind regional sehr unterschiedlich. Sie liegen zwischen 654 und 889 Euro im ersten und 767 bis 1035 Euro im dritten Jahr. In Betrieben, in denen die Tarifverträge der IG Metall gelten, sind sie eher am oberen Ende. Außerdem hat die IG Metall erstritten, dass fertig Ausgebildete unbefristet eingestellt werden.

Einsteiger verdienen etwa 1800 bis 2400 Euro brutto. Wer Berufserfahrung hat, kann bis zu 3100 Euro bekommen. Hinzu kommen in tarifgebundenen Betrieben Urlaubs- und

Weihnachtsgeld, Leistungszulagen, Zuschläge und 30 Urlaubstage.

Verfahrensmechanikern für Kunststoff- und Kautschuktechnik stehen verschiedene Aufstiegsmöglichkeiten offen. Sie können sich zum Beispiel zu REFA-Prozessorganisatoren, Industriemeistern oder Technischen Fachwirten weiterbilden. Bei Fassmer besucht einer von ihnen gerade die Meisterschule. Ein anderer hat nach der Ausbildung ein Bachelorstudium absolviert und arbeitet jetzt bei Fassmer im Windkraftanlagenbau als Konstrukteur.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de



Mehr Wissen

Noch mehr Informationen über den Beruf bietet die Bundesagentur für Arbeit in ihrem Portal Berufenet:

► berufenet.arbeitsagentur.de

→ Suche:

Verfahrensmechaniker

Holt Euch eure Weiterbildung

Alle reden davon, dass Beschäftigte für die Digitalisierung der Wirtschaft viel Weiterbildung brauchen. Doch laut der TNS-Infratest-Studie »Weiterbildungstrends 2017« bilden die Unternehmen nur mangelhaft weiter.

Besser ist es also, sich selbst um die eigene Weiterbildung zu kümmern. Nutzt Euer Recht auf Bildungsteilzeit, das die IG Metall durchgesetzt hat:

► igmetall.de/bildungsteilzeit

Mit Tarif 12 Prozent mehr Geld

Die Einkommen von Beschäftigten der Informationstechnologie- und Telekommunikationsbranche (ITK) legten erneut deutlich zu, zumindest in tarifgebundenen Unternehmen. Dort stiegen die Entgelte der Angestellten im Vergleich zum Vorjahr im Schnitt um 2,8 Prozent. Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Unternehmen mussten sich mit 1,6 Prozent begnügen. Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, sagt: »Das zeigt: Tarifverträge sorgen für deutlich bessere Einkommens- und Ar-

beitsbedingungen.« Die Daten gehen aus der aktuellen IG Metall-Erhebung »Entgelt in der ITK-Branche 2017« hervor, die jährlich zur Computermesse CeBIT erscheint. Sie informiert über Gehälter verschiedener Berufe der ITK-Branche und ihre Entwicklung in den vergangenen Jahren. Mitglieder können die Broschüre zum Preis von 4,90 Euro über den Buchshop der IG Metall-Servicegesellschaft beziehen:

► igmetall-buchshop.de

→ IGM spezial

Studieren ohne Abi: Arbeit steht im Mittelpunkt

Was bietet die Europäische Akademie der Arbeit (EAdA)?

Martin Allespach: An der EAdA studieren zwischen 40 und 50 junge, engagierte Menschen elf Monate in den Schwerpunkten Ökonomie und Betriebswirtschaftslehre, Recht, Industrie- und Arbeitssoziologie, Sozialpolitik sowie Management und Organisation. Viele von ihnen haben kein Abitur, wohnen an der EAdA und bekommen ein Stipendium.

Was machen sie danach?

Allespach: Die Absolventinnen und Absolventen arbeiten hauptamtlich bei Gewerkschaften, gehen zurück in die Betriebe und übernehmen Führungsaufgaben in der betrieblichen Interessenvertretung, studieren weiter oder übernehmen ganz neue berufliche Aufgaben.

Gibt es einen Bachelor?

Allespach: Ja, seit 2016. Der Bachelorstudiengang dauert 36 Monate und hat die Schwerpunkte Personal und Recht. Die Studierenden beschäftigen sich mit Themen wie Arbeitsbeziehungen, -politik und -gestaltung. Das EAdA-Studium wird auf den Bachelor angerechnet und reduziert die Studiedauer auf 18 Monate. Im Oktober startet der nächste Studiengang.

► akademie-der-arbeit.de

Foto: Frank Rumpenhorst

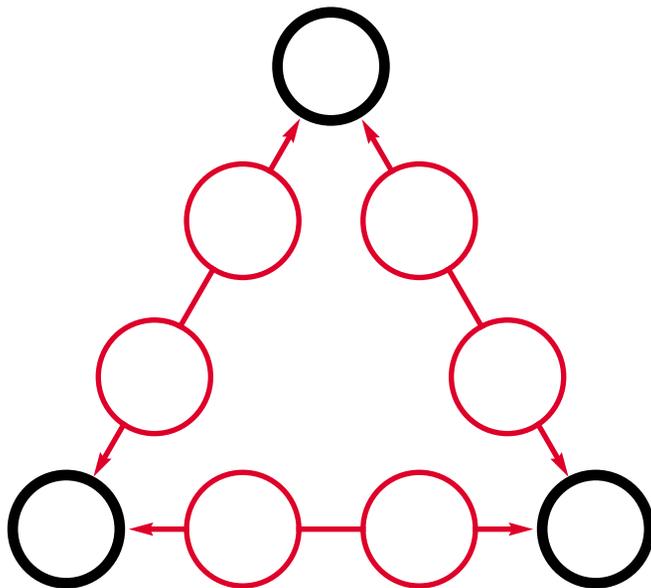


Martin Allespach ist Leiter und Direktor der EAdA.



Kreisrechnen

6
7
10
16
17
18
23
24
26



Wie sind die Zahlen in die leeren Kreise einzusetzen, damit sie in jeder Reihe zusammen **66** ergeben?
Schickt als Lösung die **Summe der drei Zahlen** in den **schwarzen Kreisen** ein.

Die Preise im April

Erster Preis:

Ein Gutschein von GEW Ferien für zwei Personen für zwei Nächte inkl. Halbpension im Hotel »Das Allgäu«

Zweiter Preis:

ein Lanybook inkl. Faber-Castell-Stift

Dritter Preis:

ein Fallminenbleistift

Einsenden:

Bitte die Lösungssumme bis **24. April 2017** unter Angabe von Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an:

✉ raetsel@igmetall.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Anschrift:

Redaktion metallzeitung
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Chefredakteurin:

Susanne Rohmund
(verantwortl. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst:

Fabienne Melzer

Redaktion:

Jan Chaberny,
Dirk Erb, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan

Gestaltung:

Gudrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion:

Michael Schinke

Sekretariat:

Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

📄 igmetall.de/metallzeitung

Angebot für Sehbehinderte:

metallzeitung gibt es auch als Word- oder PDF-Datei:

📄 metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:

Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38

📄 vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus
Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt

📄 info@zweiplus.de

Druck und Versand:

apm AG, Darmstadt



Papier:

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die metallzeitung gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.

Kreisrechnen: raetselstunde.com

Infos rund ums Integrationsjahr



Geflüchtete brauchen Unterstützung. Ein Video erklärt, wie das Integrationsjahr funktioniert:

📄 igmetall.de/migration

BILDUNG IM INTERNET



Hier findet Ihr das Bildungsprogramm der IG Metall und einen Ratgeber zum Bildungsurlaub:

📄 igmetall.de/bildung

DEINE GESCHÄFTSSTELLE



Hier findest Du Deine IG Metall-Geschäftsstelle:

📄 igmetall.de/vor-ort

HIER WIRST DU MITGLIED



Hier kannst Du Mitglied werden:

📄 igmetall.de/beitreten

LESERTELEFON

0800 446 38 25

Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)

Fax: 069 66 93-20 02

📄 metallzeitung@igmetall.de

LESERBRIEFE

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.